

Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Gedanken an deutschen Universitäten

Rede

gehalten bei der Stiftungsfestfeier
in der großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München am 1. Juli 1916 vom damaligen Rektor
Dr. Hermann von Grauert.

2.—7. Tausend.

München 1917.

Verlag von Herder & Co.

(Zweiggeschäft von Herder in Freiburg, Breisgau.)

2. Jahrgang des Vereins für die Verbreitung der christlichen Wissenschaften

K 2 6 6

gehalten bei der Stiftungsfestlichkeit
 in der großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität
 zu München am 1. Juli 1870 vom damaligen Rektor
 Dr. Hermann von Gutschalk.

2. — 2. Jahrgang.

München 1872.
 Verlag von F. C. W. Sauer & Co.
 (Verlag des Vereins für die Verbreitung der christlichen Wissenschaften).
 J. G. Weiß'sche Buchdruckeret, München.

Vorwort.

Die bei der Feier des Stiftungsfestes der Ludwig-Maximilians-Universität zu München am 1. Juli 1916 in ihrer großen Aula gehaltene Rede erscheint hiermit, nachdem sie erstmals im Historischen Jahrbuche Bd. 38 Heft 1 München 1917 veröffentlicht wurde, in einer Sonder-Ausgabe.

Da sie nach einem Beschlusse des akademischen Senates den im Felde stehenden Kommilitonen als ein Zeichen treuen Gedenkens der alma mater zugesandt wird, so möchte ich im Auftrage Sr. Magnifizenz des Herrn Rektors Geheimen Rates Dr. Karl von Goebel allen Empfängern die innigsten Grüße und wärmsten Wünsche der Universität zum Ausdruck bringen.

Als das deutsche Volk genötigt wurde, einzutreten in den Kampf ums Dasein, da haben mit allen übrigen Volksschichten auch die Hochschulen ihr Bestes eingesetzt: den heldenmütigen Opfersinn, die starke Tatkraft, den hohen Wagemut, den sittlichen Ernst und die Geistesstärke ihrer ins Feld hinausziehenden Söhne. Tausende von Akademikern haben ihr Eintreten für des Vaterlandes Freiheit und Größe besiegelt mit ihrem Herzblut, das da im Tode vergossen wurde. Andere Tausende haben Beschädigungen heimgetragen aus schweren Kämpfen. Allen aber, den Gesunden wie den Siechen, welche an dem gewaltigen Völkerringen teilgenommen haben, bleibt die eherne Zeit des Weltkrieges mit ihren gewaltigen Erlebnissen eine Periode innerer Erhöhung und Läuterung.

Auch die in der Heimat Zurückgebliebenen, Alte wie Junge, fühlen sich innerlich gehoben und fester verbunden mit Volk und Vaterland.

Nach Jahrtausenden noch wird man die Jahre dieses Weltkrieges den größten Epochen zuzählen, welche in den Jahrbüchern der deutschen Hochschulen wie der ganzen Menschheit verzeichnet stehen.

Die Akademiker im Felde und die Universitäten zu Hause fühlen sich als eine große Familie. Da mögen in stillen Stunden auch einige Bilder aus der Familiengeschichte zu sinnender Betrachtung sich darbieten.

Wenn wir sie an unserem Geiste vorüberziehen lassen, gedenken wir bewegten Herzens des hohen Fluges, in welchem die Geschlechter der Vergangenheit des Vaterlandes Freiheit und Größe zu gewinnen suchten.

Auf anderen Bahnen hat uns die nachfolgende Geschichte den Zielen von 1848/49 vielfach näher gebracht. Einiges erwies sich als weniger begehrenswert. Des deutschen Volkes festgefügte Macht und Einheit, seine Sonderart und sein Weltberuf, sie gelten uns allen als ein kostbares Gut. Im Kriege wollen wir weiterhin es mannhaft verteidigen, im Frieden sorglich es hüten. Unsere gefallenen Helden sind mit dem Blick auf dieses Ziel ins Grab gesunken. Im Gedächtnis der Nachwelt leben sie fort für alle Zeiten. Möge es den Überlebenden bald vergönnt sein, das hohe Gut des Vaterlandes wirksam gesichert zu sehen durch einen siegreichen deutschen Frieden!

Mit treu deutschem Gruße

München im März 1917

Prof. Dr. Hermann von Grauert

z. B. Prorektor der Ludwig-Maximilians-Universität.

I.

Noch immer ziehen die Kriegsfurien nach wie vor über die Kampfplätze im westlichen wie im östlichen und südöstlichen Europa, im vorderen und mittleren Asien und im inneren Afrika, und halten die Menschheit in Spannung und Schrecken. Vor kurzem noch widerhallte die Nordsee von dem Kanonendonner der größten Seeschlacht, welche die Weltgeschichte in ihren Jahrbüchern verzeichnet.

In solcher der Ruhe des Friedens weit entrückten Lage begeht nun zum zweiten Male unsere Universität ihr Stiftungsfest.

Dabei preisen wir dankerfüllten Herzens die Güte des Geschickes, welche weitaus dem allergrößten Teile unseres deutschen Vaterlandes den dröhnenden Schlachtenlärm und seine zerstörenden Folgen fern gehalten hat. Die überlegene Kriegskunst unserer obersten Heeresleitung und die hingebungsvolle Ausdauer, Umsicht und Tapferkeit unserer unvergleichlichen Truppen wie der ebenso ausgezeichneten Flotte hat den vaterländischen Boden bis auf kleine Teile vom Einbruch feindlicher Heere frei zu halten vermocht.

Unser Volk fühlt sich seit Beginn des Krieges mit unseren Heeren in Liebe und Treue fest verbunden. Draußen an den Fronten und daheim in Stadt und Land bilden wir eine geschlossene unauflösliche Phalanx.

Auch unsere Universität hat ihren reich bemessenen Anteil an den Kämpfen und Opfern des Weltkrieges. Im Sommersemester 1916 zählen wir 6573 Studierende, von welchen 2075 in München ortsanwesend, 4498

Die Anmerkungen sowie einige dem Universitäts-Archiv und der Literatur entlehnte Züge sind dem folgenden Wortlaute der Rede nachträglich für den Druck hinzugefügt worden.

aber zum Heere oder zum Sanitätsdienste beurlaubt sind. Von den Dozenten waren 111 eingerückt, von Beamten der Universität und ihrer Institute nicht weniger als 156. In einer ganzen Anzahl von Instituten sind Militär-Lazarette eingerichtet. Seit Ausbruch des Weltkrieges haben von den Angehörigen unserer Universität den Heldentod fürs Vaterland erlitten 3 Dozenten, 8 Beamte und nicht weniger als 420 Studierende.

Mehr als je fühlt sich der Rektor in der Rolle des Familienvaters, der den allzufrühen Heimgang manch teuren Familiengliedes schmerzlich betrauert. Kranke und Verwundete, welche in zunehmender Zahl heimkehren von den Fronten, möchte er aufrichten und trösten. Innigsten Anteil nimmt er an dem vielfach ergreifenden, geistigen Nachlaß so vieler früh Verklärten, an ihren Briefen, ihren Poesien, ihren Tagebuchaufzeichnungen. Knospen und Blüten sieht er hervorsprießen aus dem frischen Baume des Lebens, die nicht zu Früchten sich zu entwickeln bestimmt waren.

Den Verlust, welchen die Menschheit erlitten, indem der Lebensfaden so vieler ihrer teuren Angehörigen vor der Zeit abgeschnitten wurde, beweint mit den nächsten Angehörigen auch die so oft als alma mater gepriesene Universität. In ihre mütterlichen Arme nimmt sie auch heimkehrende Krieger auf, welche durch Verwundungen oder andere Verhältnisse genötigt wurden, als neuen Beruf die akademischen Studien zu ergreifen. Erschütternde Lebensschicksale treten uns auch da entgegen. Allen möchte die hehre Mutter Alles sein, und weit über die Reihen der Universität hinaus möchte sie dem Volke seine Not lindern und den Trauernden Trost spenden helfen.

Die große, eiserne Kriegszeit hält wie mit eisernen Klammern das ganze deutsche Volk und seine treuen Verbündeten fest umschlossen. Und die deutschen Universitäten fügen sich alle opferfreudig und hingebungsvoll ein in die unauflösliche Gesamtbürgschaft, welche der Krieg begründet hat.

Aus solchen Betrachtungen heraus möchte ich Ihre Blicke auf einige wenige, aber immerhin fesselnde Bilder aus einer sturmbewegten nicht allzufernen Vergangenheit deutscher Universitäten lenken. Wenn ich über diese Bilder die Überschrift setze: „Schwarz=rot=goldene und schwarz=weiß=rote Gedanken an deutschen Universitäten“, so soll gerade damit auch Gelegenheit geboten werden zu dem Hinweis auf die hohe Ehre, welche den Landesfarben der Einzelstaaten an den deutschen Universitäten der neueren Jahrhunderte allezeit erwiesen worden ist.

Wie die meisten Universitäten in deutschen Landen, so ist auch die unsrige eine landesherrliche Gründung. Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut ist der Stifter der Universität Ingolstadt und des Herzogs Kanzler, also sein leitender Minister, Dr. Martin Maier, hat bei ihrer Eröffnung am 26. Juni 1472 im herzoglichen Auftrage die feierliche Stiftungsrede gehalten. Im Verein mit dem Papste hat der Herzog der Universität ihre erste für jene Zeit reichlich bemessene Dotation gewährt und durch die Gnade des Stifters erhielt die Universität als Korporation von Lehrenden und Lernenden die Befugnis, aus eigenem Rechte sich die ersten Satzungen zu geben, welche begreiflicher Weise der herzoglichen Bestätigung vorbehalten wurden. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Ingolstädter Hochschule durch widrige Schicksalswendungen mancherlei Minderungen ihres Vermögens und gelegentlich auch ihres Ansehens erfahren. Immerhin erfreute sich die Universität im Großen und Ganzen eines weit verbreiteten guten Rufes, welchen die Herzoge von Bayern mit dem wirtschaftlichen Vermögen nach Kräften zu mehrern bestrebt waren. Berufungen von ausländischen Professoren und der Zuzug ausländischer Studierenden nach Ingolstadt gehörten nicht zu den Seltenheiten. Im Juni 1547 aber wurde der Ingolstädter Professor der Rechte Fabius Archias, aus Narni im mittleren Italien stammend, mit einer gewissen sensationellen Feierlichkeit an die ferne Universität Koimbra in Portugal berufen.

Das Matrikelbuch der Universität gedenkt ausdrücklich des amplissimum stipendium, des glänzenden Gehaltes, welches dem Neuberufenen in Koimbra gewährt wurde; es spricht weiterhin von dem auserlesenen Gefolge, welches König Johann von Portugal abgeordnet hatte, um den Italiener aus Ingolstadt nach Portugal zu geleiten, und vergißt nicht, des prandium, der Abschiedsmahlzeit, Erwähnung zu tun, vor welcher Fabius Archias auf die Würde des Rectors in Ingolstadt, die er gerade inne hatte, Verzicht geleistet, und nach welcher er die Fahrt nach Portugal angetreten habe.¹

Dem Wohlwollen aber, welches der große bayerische Kurfürst Maximilian I. seiner Landes-Universität entgegenbrachte, hat er in den neuen Statuten Ausdruck gegeben, welche er am 20. August 1642 derselben verlieh. Schon zu Beginn seiner Regierung hat er der Ingolstädter Hochschule unter dem 27. Juni 1599 aus Anlaß einer Rectors-

¹ Die Matrikel der Universität Ingolstadt, Bd. I, ed. Dr. Georg Wolff, S. 626 u. 628.

wahl in sehr gemessenen Ausdrücken erklärt, er sei je länger desto weniger gewillt, irgend etwas ungeahndet hingehen zu lassen, was „mergemelter Unserer Universität in geringsten zu verclainerung geraichen oder gerechnet werden mechte“.¹

Als zweihundert Jahre später die Universität von Ingolstadt nach Landshut verlegt wurde, da stellte sich das Bedürfnis heraus, dieselbe nicht nur mit Gebäuden auszustatten, sondern ihr auch als Ersatz für das stark geminderte Ingolstädter Vermögen eine ausreichende neue Dotation in Gütern und Renten zu gewähren.

Der Kurfürst Max Joseph IV., der spätere König Max Joseph I., erwies sich der Universität gegenüber in hochherzigster Weise als Neustifter. Als neue Vermögensausstattung inorporierte er der Universität die in den Jahren 1802/3 säkularisierten drei Landshuter Klöster der Dominikaner, der Klosterfrauen vom Heiligen Kreuz und der Cistercienserinnen von Seligental bei Landshut. An liegenden Gütern und Renten war das letztere das reichste. Sein Vermögen wurde bereits im Jahre 1807 auf die damals beträchtliche Summe von 522,500 Gulden mit einer Jahresrente von 18,297 Gulden 30 Kreuzern geschätzt. Darunter befanden sich Waldungen im Ausmaß von 1989 1/2 Tagwerk, welche in jener Zeit auf 63,020 Gulden gewertet wurden.

Nach den volkswirtschaftlichen Anschauungen jener Tage hielt man die Verwaltung eines solchen Besitzes durch eine Korporation nicht für ersprießlich. So erging denn an die Universität von seiten des Landesherrn die Weisung, die liegenden Güter und namentlich die Waldungen zum Schätzungswerte zu veräußern. Zum Glück konnte dieser Befehl nur teilweise ausgeführt werden. Heute noch hält die Universität immerhin kostbare Überreste des einstigen Klosterwaldes von Seligental als wertvollen rentierlichen Besitz in ihrer Hand.

Der hochherzigen Entschließung König Max Josephs I. verdankt die Universität auch die im Jahre 1815 am 20. Dez. erfolgte Wiederherstellung ihrer Selbstverwaltungsbesugnisse hinsichtlich ihres eigenen Vermögens. König Ludwig I. eröffnete ihr ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten durch die zweite Verpflanzung der ersten Hochschule des Königreiches in die Haupt- und Residenzstadt München. Eduard von Schenk und Joh. Nep. Ringseis hatten der Maßnahme eifrig das Wort geredet.² Alle Befürchtungen,

¹ Univ.-Archiv D II, 1.

² Vgl. Emilie Ringseis, Erinnerungen an Dr. Joh. Nep. v. Ringseis, Bd. II, S. 216 ff. u. R. Th. v. Heigels Rektoratsrede vom 20. November 1897 über die Verlegung der Ludwigs-Maximilians-Universität nach München, S. 17—32.

welche an diese Verlegung in ängstlichen Kreisen geknüpft wurden, sind zu Schanden geworden. In München hat der Senat um das Jahr 1827 in einer von Ringseis ausgearbeiteten, an den König gerichteten Eingabe die Notwendigkeit betont, die Universität den drei damals vornehmsten deutschen Universitäten, Göttingen, Berlin und Bonn, gleich-, womöglich noch voranzustellen. Dafür, so meinten die Senatoren, bedürfe sie aber einer viel freieren Verfassung, als sie ihr zu jener Zeit in München und vorher in Landshut beschieden gewesen.¹

Sind auch nicht alle in diesem Kreise geäußerten Wünsche erfüllt worden, so darf man doch sagen: Unter der andauernden Gunst und Huld der bayerischen Könige von Ludwig I. bis zu Ludwig III. mit Einschluß des Prinzregenten Luitpold, unter der liebevollen Fürsorge der bayerischen Staatsregierung und der beiden Rammern des Landtages haben alle drei bayerischen Landesuniversitäten einen Aufschwung erlebt, wie er den Universitäten und ihren Angehörigen zum Heile, dem bayerischen Lande zum höchsten Ruhme gereicht.

Mit den übrigen deutschen Universitäten steht es nicht viel anders. Alle sind sie im Laufe des 19. Jahrhunderts unter der fördernden Huld ihrer Landesherren und der Fürsorge ihrer Landesregierungen sichtlich gediehen und an mehr als einer Stelle mächtig emporgewachsen.

II.

Scheint nun dieser Feststellung nicht all das zu widersprechen, was wir unter der Devise der schwarz-rot-goldenen Gedanken zusammenfassen dürfen, das Wehen des deutschen Einheitsgeistes an unseren Universitäten und seine Unterdrückung in der Zeit der Demagogenverfolgungen? Gewiß hat der Name der Karlsbader-Konferenzen von 1819 und der Wiener Ministerialkonferenzen von 1834 in der Geschichte der deutschen Universitäten einen besonders üblen Klang. In der Rede, welche der konservativ kirchlich und monarchisch gerichtete, romantisch angelegte Mediziner, Geheimer Rat Dr. Joh. Nep. Ringseis am 18. Dezember 1833 an unserer Universität über den revolutionären Geist auf den deutschen Universitäten gehalten hat, zittert die tiefe Erregung jener Tage nach.

¹ Emilie Ringseis a. a. D., S. 235. Auch König Ludwig I. schrieb selbst am 25. Mai 1827 an seinen Vertrauensmann Eduard von Schenk, bei Neubearbeitung der Münchener Universitäts-Statuten sollten die Satzungen der Georgia Augusta in Göttingen in Erwägung gezogen werden, namentlich was die Studenten betreffe, welchen in Göttingen nicht vorgeschrieben sei, welche Kollegien sie hören müßten. v. Heigels Rektoratsrede von 1897 S. 31 f. Der König hatte selbst am Anfange des Jahrhunderts in Göttingen studiert.

Auch Ringseis fand, den Universitäten werde eine viel zu große Schuld beigemessen. Nur zu einem Teil sei der revolutionäre Geist von Universitäten ausgegangen. Eine Beschränkung der freien Universitätsverfassung sei aber um deswillen nicht gerechtfertigt.

Der schwarz-rot-goldene Geist blieb trotz der Verbote des Bundestages lebendig in den Herzen der akademischen Jugend und in der Brust nicht weniger ihrer Lehrer. Die Märzstürme des Jahres 1848 verwandelten das Angesicht der hohen Bundesversammlung in Frankfurt a. M. Auch die Ministerien der Einzelstaaten wurden mit neuen Männern besetzt im Sinne der neuen Zeit. Beschränkende Vorschriften, welche die Bildung neuer Studentenkorporationen gehemmt hatten, wurden aufgehoben. An vielen Universitäten, wie auch an der unsrigen, brach sich der Drang Bahn, die gesamte Studentenschaft der Universität zu einer einheitlich organisierten Gesamtheit zusammenzufassen.

In Bonn hatte diese Bewegung schon vor der Revolution, in den Jahren 1844—46, lebhaft eingesetzt. Durch Ausführungen angeregt, welche August Schleicher in Struves Zeitschrift für Deutschlands Hochschulen (Heidelberg 1844/45) veröffentlicht hatte, war Julius Ficker aus Münster i. Westf., der nachmals berühmte Historiker in Innsbruck, einer ihrer Wortführer geworden. Als Mitglied der Bonner Verbindung Sago-Rhenania und dann, seit Februar-März 1846, der neugegründeten Burschenschaft Frankonia, wirkte Ficker in Bonn eifrig für die „Allgemeine Studentenschaft“. Für je 15 Studenten sollte hier ein Vertreter gewählt werden. Nach erfolgverheißenden Anfängen ist die „Allgemeine Studentenschaft“ in Bonn trotz der Begünstigung durch den Universitätskurator von Bethmann-Hollweg, den späteren preußischen Kultusminister der „neuen Ara“ und Großvater des gegenwärtigen deutschen Reichskanzlers, schließlich gescheitert. Ficker, der unter seinen Bonner Frankonen-Brüdern auch unseren späteren, in die bayerische Königskatastrophe des Jahres 1886 auf tragische Weise hineingerissenen Psychiater Bernhard Gudden gezählt hatte, blieb trotz alledem begeistert für die schwarz-rot-goldene Fahne, die ihm als das Symbol deutscher Größe erschien.¹

¹ Vgl. F. Jung, Julius Ficker (1826—1902), Innsbruck 1907, S. 29—35, 59. Auch Heinrich von Treitschke und sein Freund und späterer Schwager, der badische Staatsminister Dr. Wilhelm Roff, haben seit dem Jahre 1851 der Bonner Frankonia als Mitglieder angehört. Vgl. Max Cornicelius, Heinrich von Treitschkes Briefe Bd. I, Leipzig 1912, S. 66—136 ff. bis S. 246. Im Sturmjahre 1848 schloß sich der Bonner Frankonia auch Friedrich Spielhagen an. Man sehe Spielhagen, Ficker und Erfinder. Erinnerungen aus meinem Leben. Bd. I, S. 255—365.

In München aber wurde im Jahre 1848 die Studentenschaft in Dekaden eingeteilt. Für je 10 Mann innerhalb wie außerhalb der Korporationen sollte ein Vertreter aufgestellt werden, die zusammen die Vertreter-Versammlung zu bilden berufen waren. Wiederholt hat sie im Laufe der Jahre 1848/49 Studentenversammlungen einberufen in die Räume des damals noch neuen Universitätsgebäudes am Nordende der Ludwigstraße oder in einen der größeren Säle der Stadt. Die Vertreterversammlung der Studentenschaft tagte selbst häufig mit besonderer Vergünstigung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Professors Friedrich von Thiersch, im Waffensaale der Akademie. Abordnungen von Deputationen an einen der im Amte befindlichen Staatsminister waren nichts Seltenes. Wie über die Kreise der Universität hinaus die Münchener Studentenschaft sich großen Ansehens beim Volke erfreute, geht aus dem besonderen Zutrauen der Schuhmachergesellen hervor, welche Ende Mai, Anfang Juni 1848 die wirksame Vertretung ihrer Standesinteressen von den Studenten erwarteten. Die Vertreter-Versammlung der Münchener Studentenschaft glaubte damals freilich eine solche Vertretung ablehnen zu sollen.¹

Erheblich geringerer Begünstigung durch die akademischen Behörden erfreute sich das Streben nach Organisation einer allgemeinen Studentenschaft in Berlin. Der Preussische Staats-Anzeiger Nr. 98 vom 10. August 1848 veröffentlichte unter Preußen, Berlin, den 9. August nachstehenden Anschlag, welcher am schwarzen Brett der Universität erschienen war: „Es ist zur Kenntnis der Universitäts-Behörde gekommen, daß eine Fraktion der Studierenden unter dem allgemeinen Namen der Studentenschaft öffentlich auftritt und Beschlüsse zu fassen unternimmt, wodurch auch die Nichtteilnehmer gebunden sein sollen. Hierin liegt eine Anmaßung, welche die Freiheit, Überzeugungen und Rechte jedes Einzelnen sowie der gesamten Universität verletzt.“ Rektor und Senat erklären daher, daß gegen diejenigen, welche sich an dergleichen Usurpationen beteiligen, disziplinarisch eingeschritten werden würde.

Viel größer als in München war dagegen der Einfluß der Wiener Studentenschaft, welche seit dem 13. März 1848 sich bewaffnet hatte,

¹ Univ.-Archiv G XVI 3, Bd. I. Es handelte sich um das Koalitionsrecht der Schuhmachergesellen zum Zwecke einer Lohnerhöhung und die damit im Zusammenhang stehende polizeiliche Ausweisung von 165 Schuhmachergesellen aus München. Der berühmte Jurist Joh. Adam Seuffert, welcher früher der Universität Würzburg als geschätzter Lehrer angehört hatte, der Vater unseres nachmaligen trefflichen Kollegen Ernst August von Seuffert, hat sich über den Fall ausgesprochen in Nr. 159 der „Allgem. Zeitung“ vom 7. Juni 1848.

und als akademische Legion in Wien zum Range eines politisch und militärisch bedeutsamen Machtfaktors emporstieg. Weit über das Weichbild von Wien hinaus verbreitete sich das Ansehen der Wiener Aula und ihrer Legion.¹

Auch der Münchener Studentenschaft war bereits am 6. März 1848 durch Allerhöchste Entschliesung gestattet worden, sich als ein besonderes Freikorps zu organisieren und zu bewaffnen. An dessen Spitze führten nacheinander das Kommando der Rechtspraktikant Wagner, der Studierende Rastner und seit Anfang Juni 1848 als Major der Medizinalpraktikant Josef Rubenbauer.² Unter solchen Verhältnissen empfanden die Wiener das besondere Bedürfnis, ihren Münchener Brüdern als ein drucksvollen Gruß eine schwarz-rot-goldene Fahne zu übersenden. Da sie zugleich auch den Münchener Bürger-Freikorps gewidmet sein sollte, so lud Rektor Friedrich von Thiersch auf den 25. August die Professoren und Studentenschaft, wie eine Vertretung der Bürgerschaft in die Universitäts-Aula ein, wo die feierliche Überreichung der von den Wienern gestifteten Fahne durch eine aus Wien angekommene neunköpfige Deputation stattfinden sollte, an deren Spitze ein angeblicher Dr. Eugen von Lornée stand. Auf Eingreifen außerakademischer Faktoren mußte die Feier abbestellt werden, da sich inzwischen der angebliche Wiener Dr. von Lornée als Schwindler und gerichtlich mehrfach vorbestrafter Betrüger, namens Erlmaier aus München, entpuppt hatte.³

Die Fahne aber hängt heute im Archiv unserer Universität. Sie ist stark zerfetzt und trägt die Aufschrift: „Die freien Wiener ihren Deutschen Brüdern in München.“

Das Sturmeswehen, das da die Verwirklichung der deutschen Einheit heraufführen sollte, durchbrauste damals alle Lande mit deutscher

¹ Jos. Alex. Freih. v. Helfert, Geschichte der österreich. Revolution Bd. I, Freiburg i. Br. 1907, S. 242—245, 313—317, 445, Bd. II, 1909 S. 212—258, Richard Charraz, Adolf Fischhof, Das Lebensbild eines österreichischen Politikers, Stuttgart 1910, S. 27—52.

² über die fünfzehn Kompagnien des Münchener Studentenfreikorps, ihre Verteilung auf die einzelnen Korporationen und Gruppen der Studenten, sowie über ihre Offiziere vergleiche man Wilh. Riedner, Geschichte des Korps Palatia, München 1913, S. 144 ff.

³ Die Erzählung im 3. Bande der Erinnerungen des Dr. Joh. Nep. v. Ringseis ed. Emilie Ringseis S. 297 weicht etwas ab von einer Darstellung in einem Akt des Univ.-Archivs. Ringseis nennt den Führer der Wiener Deputation einen angeblichen Baron Lornay. Der hier erwähnte „feierliche“ Empfang durch den Rektor ist jedenfalls nur ein Vorempfang gewesen, bei welchem die Entlarvung noch nicht stattgefunden hat.

Bevölkerung und vornehmlich die deutschen Universitäten von Freiburg i. Br., Heidelberg und Bonn bis hinauf nach Königsberg i. Ostpreußen, bis in das Bergland der Siebenbürger Sachsen und bis nach Graz in der grünen Steiermark. Wie einst nach den Befreiungskriegen, so wünschten viele hochstrebende deutsche junge Männer im Revolutionsjahr 1848 mit der Einheit des Volkes auch die Einheit der deutschen Gesamtstudentenschaft verwirklichen zu können. Unser Universitätsarchiv und auch unsere Universitätsbibliothek bergen kostbare Originalzeugnisse für diese bisher noch wenig bekannte Bewegung des deutschen Geisteslebens. Männer, welche nachmals zu führenden und angesehenen Stellungen gelangten, sind daran beteiligt gewesen.

Wie in den Oktobertagen des Jahres 1817, so hat auch in der Pfingstwoche des Jahres 1848, noch vor der Mitte Juni und nach derselben in Eisenach und auf der Wartburg ein gesamtdeutsches Studenten-Parlament getagt. Die Einladung dazu war von der Studentenschaft Jena's ausgegangen.

Hier in Jena war im Kreise der Burschenschaft Germania im Frühjahr 1848 der Gedanke aufgetaucht, auf Pfingsten die Altburschenschaften der deutschen Universitäten zu einer Wartburgversammlung einzuladen. Unter dem 11. Mai 1848 ist tatsächlich eine entsprechende Einladung veröffentlicht worden. In der losen gefügten, progressivistisch beeinflussten Burschenschaft auf dem Jenaer Burgteller wünschte man aber statt dessen eine allgemeine deutsche Studentenversammlung nach der Wartburg und für die Pfingstzeit einzuberufen. Auch über die Kreise der Studenten hinaus erging dann tatsächlich eine solche Einladung im Namen einer „großen Anzahl der Studenten von Jena“.

Dabei war alsbald der Erlaß einer „Petition an das Parlament der vereinigten Staaten von Deutschland“ als Aufgabe der Wartburg-Versammlung öffentlich angekündigt worden. Das Frankfurter Parlament sollte gebeten werden, sämtliche Universitäten zu Anstalten der deutschen Nation zu erklären und unbedingte Lehr- und Lernfreiheit als erstes Prinzip zu proklamieren. Wie Richard und Robert Keil in ihrer Geschichte des Jena'schen Studentenlebens (1548—1858), Leipzig 1858, S. 599 mitteilen, soll eine ähnliche Aufforderung auch von Bonn erlassen worden sein. Beide Gewährsmänner berichten a. a. D. S. 602—619 eingehend über die studentischen Pfingstversammlungen in Eisenach, zu welchen 1200 bis 1500 studentische Teilnehmer erschienen sein sollen. Der Weimarische Hof hatte die Räume der herrlichen Wartburg zur Verfügung gestellt, von deren Zinnen eine mächtige schwarz-rot-goldene Fahne

herabwehte. Eine Vorversammlung hatte seit dem 8. Juni in Eisenach das Programm geregelt. Die radikalsten Forderungen sollen von Bonn gekommen sein, von wo auch die Aufhebung der theologischen Fakultäten verlangt sei. Die eigentliche Studentenversammlung nahm am ersten Pfingstfeiertage den 11. Juni abends 7 Uhr auf der Klemda in Eisenach ihren Anfang. Pfingstmontag morgens versammelten sich sämtliche Kommilitonen auf dem Marktplatz in Eisenach. Mit Rücksicht auf die süddeutschen katholischen Studenten wurde das ursprünglich beabsichtigte Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ ersetzt durch das Lied „Brause, Du Freiheitsfang, Brause wie Wogendrang Aus Felsenbrust!“ Karl Follen hatte dieses Lied einst für die erste studentische Wartburgfeier im Jahre 1817 gedichtet. Zu Pfingsten 1848 waren aus Wien 26 Abgeordnete, meist Offiziere der akademischen Legion, erschienen. Beim Zuge auf die Wartburg trug am Pfingst-Dienstag der Wiener Stephani die schwarz-rot-goldene Fahne voran, wie es beim Wartburgfeste des Jahres 1817 der Studiosus Graf Keller getan hatte, der als gereifter Mann nach 31 Jahren an der zweiten Wartburgfeier gleichfalls persönlich teilnahm. Auch die Universitäten von Berlin, Breslau, München, Marburg, Greifswald waren im Jahre 1848 durch gewählte Abgeordnete vertreten, während die Masse der Erschienenen von den mittel- und norddeutschen Universitäten ohne besonderes Mandat gekommen waren. Den wirklich gewählten Abgeordneten zuliebe wurde eine Sonderung der Tagung durchgeführt. Auf die allgemeine Studentenversammlung vom 12. bis 14. Juni folgte das eigentliche Parlament der studentischen Abgeordneten vom 14. bis 16. Juni, bei welchem nur 101 Stimmen gezählt wurden.

Auf der allgemeinen Studentenversammlung trat alsbald die Spaltung der Parteien hervor. Eine Rechte sonderte sich von der Linken. Wie Richard und Robert Keil in ihrer bereits erwähnten Geschichte des Jenaischen Studentenlebens S. 607 hervorheben, bemerkte man auf der Rechten die konservativen Korps besonders aus Jena, Halle und Leipzig, die Altburschenschaften, namentlich aus Jena (die Germanen und Teutonen) und Erlangen, den Hallenser „Wingolf“ u. a., auf der Linken dagegen die Nichtinkorporierten, die progressivistischen Burschenschaften, wie den Burgkeller aus Jena, progressivistische Korps namentlich aus Göttingen, die Wiener Abgeordneten und die Delegierten der norddeutschen und süddeutschen Universitäten. Die Rechte zählte nach Keil 400—500 Stimmen, die Linke 600—700. Ein Teil der Rechten, namentlich aus Halle, sei in der Absicht nach Eisenach gekommen, die

Versammlung, wenn sie wühlerische Bestrebungen hervortreten lasse, auf alle Weise zu sprengen. Die Linke habe diskutiert, die Rechte getrommelt, geschrien, gepfiffen, gezischt und gescharrt. So erzählen Richard und Robert Keil a. a. O. S. 607 ff. Unter den 101 Mitgliedern des eigentlichen Studentenparlaments (vom 14. bis 16. Juni) sei kaum der zehnte Teil aus der Rechten der allgemeinen Studentenversammlung hervorgegangen; neun Zehnteile hätten dagegen der radikalen Linken angehört.

Dieses Mal war, wie bereits angedeutet, auch München in Eisenach und auf der Wartburg vertreten, und der Münchener Jurist Elias Lang aus Burgundstadt wurde sogar berufen, der Voll-Versammlung, wie dem Abgeordneten-Parlamente in Eisenach zu präsidieren. In dem Parlamente der Abgeordneten zählte man, wie bereits gesagt, 101 Mitglieder. Dabei legte man den Maßstab zugrunde, daß auf je 100 Studierende einer Universität ein Abgeordneter kommen solle.

Mit einer Eingabe, von welcher sich ein wertvoller Einblattdruck auf unserer Universitäts-Bibliothek erhalten hat, wandte sich die deutsche Studentenschaft in der allgemeinen Studentenversammlung von Eisenach aus unter dem 15. Juni 1848 „An die hohe deutsche National-Versammlung“ zu Frankfurt a. Main. Der Wortlaut dieses denkwürdigen Blattes lautet folgendermaßen:¹

„Die allgemeine, deutsche Studentenversammlung auf der Wartburg hält eine Umgestaltung der Universitäten für dringend nötig und legt ihre desfallsigen Wünsche einer hohen, deutschen Nationalversammlung zur baldigen Erledigung vor:

Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden.

Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesamtstaat eingezogen werden; dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. (Mit einer Majorität von 619 gegen 426 Stimmen angenommen).

Die Oberleitung übernimmt das deutsche Unterrichtsministerium; im einzelnen wird das Prinzip der Selbstverwaltung anerkannt. (Mit entschiedener Majorität angenommen).

Unbedingte Lehr- und Hör-Freiheit. (Afflamation). Die Universitäten sollen die ganze Wissenschaft vertreten, und nach diesem Prinzip die Lehrfächer vervollständigt werden; jede Fakultätssonderung hört auf. (Beinahe einstimmig angenommen).

¹ Die in Klammern gesetzten Bemerkungen über die Majoritätsverhältnisse sind dem gedruckten Text entnommen.

Die einzelnen Staaten sollen den Bundestagsbeschluß über Aufhebung der Ausnahmegeetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen. (Durch Akklamation angenommen).

Absolute Aufhebung aller Exemtionen in der Gerichtsbarkeit. (Mit einer Majorität von 533 gegen 355 Stimmen angenommen). Beteiligung der Studierenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Mit entschiedener Majorität angenommen).

Zur Erlangung eines Staatsamtes soll Universitätsbesuch nicht mehr erforderlich sein. (Mit entschiedener Majorität angenommen).

Dies sind die Wünsche, die wir der hohen deutschen Nationalversammlung zunächst vorzulegen beschlossen haben; die übrigen Punkte haben wir einer studentischen Versammlung von Vertrauensmännern empfohlen, welche die weiteren Bedürfnisse der deutschen Studenten festzustellen hat.

Im Namen der deutschen Studentenversammlung auf der Wartburg.

Das Praesidium:

gez. Lang aus München, Praesident."

Als Vizepräsidenten unterzeichneten die beiden Göttinger Otto Lauenstein und Emil Peters, als Schriftführer Wilhelm Wehrenpfennig, Mitglied der Burschenschaft auf dem Burgkeller zu Jena, der nachmals sehr bekannte Freund von Heinrich von Treitschke.

Bei dem in der Pfingstwoche 1848 in Eisenach abgehaltenen Studenten-Parlamente war auch eine Organisation der gesamt-deutschen Studentenschaft beschlossen worden. Sie sollte vertreten werden durch einen zunächst provisorisch eingesetzten „Gesamt-Ausschuß der deutschen Studenten“, und die Geschäfte sollten durch eine alljährlich wechselnde Universität als Vorort geführt werden. Der Vorort war verpflichtet, aus seiner Mitte die vorörtliche Zentralbehörde, bestehend aus 7, höchstens 15 Mitgliedern, zu ernennen. Zum ersten Vorort wurde noch auf der Wartburg-Versammlung in der Pfingstzeit die Universität Breslau bestimmt, von welcher die Zeitung im November 1848 auf die Universität Bonn überging. Als Schriftführer der Vorortsbehörde fungierte hier in Bonn der Studiosus der Geschichte Karl Schurz. Die Studentenschaft jeder einzelnen Universität sollte als eine Abteilung der allgemeinen deutschen Studentenschaft einheitlich organisiert werden.

Aus den Originalkorrespondenzen unseres Universitätsarchivs ergeben sich eine Reihe von Gegenständen, über welche im Sommer 1848 unter den einzelnen Studentenschaften verschiedener Universitäten lebhaft

verhandelt wurde. Eine große Rolle spielte dabei die Frage der Abschaffung der Kollegiengelber.

Darüber und über einige andere grundlegende Organisationsfragen verbreitet sich in interessanten Ausführungen ein in unserem Archiv ruhendes Originalschreiben der Göttinger Studentenschaft vom 4. August 1848. Die Generalversammlung der Göttinger Studenten war der Meinung, es solle nur die Gesetzgebung in Universitätsangelegenheiten, nicht aber auch die Verwaltung auf das Reichsunterrichtsministerium übertragen werden. Die Verwaltung wünschte sie den Landesregierungen im Verein mit den einzelnen Universitäten selbst überlassen zu sehen. Den Grundsatz der Zentralisation hielten die Göttinger im Hinblick auf die Universitäten wie auf die Wissenschaft für schädlich. Ein hoher Vorzug in der bisherigen Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland sei es, daß es seine Gegensätze frei aus sich entwickelt und ebenso wieder vermittelt habe. Zudem könne auch die Reichszentralbehörde selbst einmal wieder reaktionär werden.

Vor allem aber erklärt sich die Generalversammlung der Göttinger Studenten dahin, dem Wartburg-Beschluß über Aufhebung der Kollegienhonorare nicht beitreten zu können. Die Göttinger bestritten die absolute Verpflichtung des Staates, allen seinen Angehörigen die Möglichkeit einer unentgeltlichen Ausbildung bis zu der Spitze der Universität hinauf zu gewähren. Auch erkannten sie an, daß das Aufhören der Kollegienhonorare und eine feste Besoldung der Dozenten einem Institute den Untergang bereiten würde, welches zum Heile der deutschen Universitäten bislang bestanden und die Wissenschaft häufig vor gänzlicher Knechtung geschützt habe, nämlich dem Institute der Privatdozenten.

Bei aller freiheitlichen Grundrichtung dieser Göttinger Rundgebung wird man einen Zug besonnener Überlegung in ihr nicht verkennen.

Die Frage der Universitäts-Reform war mit den Eisenacher-Beschlüssen keineswegs erledigt. Allerorten beschäftigte sie die Geister in den Kreisen der Studenten wie der Professoren. Die Tagespresse war voll von Artikeln zur Universitätsreform.¹

Am 25. September 1848 trat auf der Wartburg eine zweite Studentenversammlung zusammen, nachdem einige Tage zuvor Professoren und Dozenten deutscher Universitäten auf einer Versammlung zu Jena über die Interessen der deutschen Hochschulen beraten hatten.

¹ Über das studentische Pfingst-Parlament zu Eisenach berichtete die (Augsburger) Allgemeine Zeitung in ihrer Beilage Nr. 168 und 169 vom 16. und 17. Juni 1848.

Auf dem zweiten Wartburg-Kongreß, Ende September und Anfang Oktober 1848, war die Münchener Studentenschaft durch nicht weniger als sieben Delegierte vertreten, darunter die Juristen Joseph Sensburg aus Burgebrach und Elias Lang aus Burgundstadt und den Kandidaten der Theologie Georg Meßmer, den späteren a. o. Professor der Kunstgeschichte an unserer Universität.

Keine persönliche Vertretung hatte die Prager Studentenschaft zur Wartburg-Herbsttagung abgeordnet.¹ In die Spaltung gerade dieser Studentenschaft, welche damals sich anschickte, mit ihren Professoren das 500 jährige Jubiläum der Universität Prag vorzubereiten, gewähren zwei im Münchener Universitäts-Archiv verwahrte Originalbriefe höchst interessante Einblicke.

Der eine, vom 22. September 1848 datiert, rührt her vom Prager Studentenausschuß und ist mit 19 Unterschriften bedeckt, mit Namen deutschen aber auch solchen czechischen Klanges, drei davon unterzeichnen als promovierte Doktoren.² Den Akademischen Brüdern auf der Wartburg wird die innige Freude der Prager Studentenschaft über den herrlich erprobten Freiheitsfinn der deutschen Studentenschaft zum Ausdruck gebracht. Die letztere werde, so vertrauen die Prager, einen neuen Eckstein für den großen Freiheitsbau Europas bilden. Die Prager erklären, für die Freiheit jeder Nation zu fühlen. Mit froher Lust wollten sie den freien Bruder umarmen. „Wie wir auch verkannt, gelästert wurden, die Gegenwart hat uns bereits gerechtfertigt, und die Zukunft wird dies wohl noch glänzender tun. Sie wird alle freiheitsfeindlichen Bestrebungen unserer Gegner so wie sie selbst nach Verdienst richten, sie wird sie überliefern — der Verachtung ihres Zeitalters. Ihr, o Brüder, habt all den lügenhaften Verläumdungen nicht geglaubt Der noch regellose Zustand unserer Universität, herbeigeführt durch die letzten unglücklichen Ereignisse,³ die Neugestaltung unserer häuslichen Verhältnisse durch Zusammenrufung eines österreichischen Studentenkongresses . . . so wie Vorbereitungen zur Jubelfeier unserer alma mater, bei der wir

¹ Auch auf der Eisenacher Pfingstversammlung war Prag nicht vertreten gewesen.

² Med. Dr. Friedrich Rosenati, Phil. Dr. Eduard Bnuna, Med. Dr. Wilh. Kraus, Sam. Weishut stud. med., Fr. Seidl, W. Paul Kleinert, Jan Chlapec, Borivoi Neberky u. a.

³ Anspielung auf den Aufstand in Prag, der im unmittelbaren zeitlichen Anschluß an den Prager Slawenkongreß am 12. Juni 1848 ausgebrochen und von den Truppen des Oberkommandierenden in Böhmen, Fürsten Alfred von Windischgrätz, niedergeworfen war.

Euch alle hier versammelt zu sehen hoffen, nehmen zu sehr unsere geringen Kräfte in Anspruch. Und so nehmt denn schlüsslich nochmals unsere besten Wünsche für Euer großes Werk hin. Möge daraus das hervorgehen, was wir Alle so innig wünschen: Die Freiheit Europas, in der alle Nationen sich brüderlich die Hände zum ewigen Bunde reichen, zum Bunde gegen jeden Kampf der Reaktion und Tyrannei, und mögen für alle Völker die Worte zur Wahrheit werden, die das Banner unserer glorreichen Revolution zieren: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit."

Hier klingt deutlich das Programm von den Vereinigten Staaten Europas durch, womöglich auf republikanischer Grundlage, wie es schon Max BIRTH beim Hambacher Feste Ende Mai 1832 gefeiert hatte. Gleichzeitig hatte damals der alte Lafayette in Paris im Kreise der fremden Emigrationen seinen Trinkspruch der heiligen Allianz der Völker geweiht.¹

Was aber von jener Prager Adresse vom 22. September 1848 zu halten sei, das wird sehr deutlich ausgesprochen in einem auf Riesenformat geschriebenen Briefe des Vereins der deutschen Studenten zu Prag, datiert vom 12. Oktober 1848.² Unter den Namen des Ausschusses begegnet auch der Name des später bekannt gewordenen Historikers Moritz Brosch. Die Urheber der vorhin erwähnten Adresse bezeichnen sie als Slawen oder als slawisch gesinnte Studenten. Schöne Worte seien es, welche sie den Deutschen Brüdern in Eisenach zugerufen hätten. Jene Slawen wollten nicht zugeben, daß die Universität Prag eine deutsche sei, daß deutsche Bildung sie durchdringe. Der andere Teil der Prager Studentenschaft fühle sich aber mächtig hingezogen zum großen Germanenstamme. Auch diese deutschen Studenten in Prag

¹ Alfred Stern, Geschichte Europas von 1830—1848, Bd. I, Stuttgart 1905, S. 315, 317. Auf dem Slawentongreß zu Prag hatte in der ersten Junihälfte 1848 der czechische Historiker Franz Palacky den Vorsitz geführt und ein Manifest an die Nationen Europas verfaßt. In seinem berühmt gewordenen Schreiben, das er am 11. April 1848 von Prag an den Fünfsziger-Ausschuß in Frankfurt a. M. gerichtet, hatte Palacky feierlich erklärt: „Das Völkerrecht ist ein wahres Naturrecht, kein Volk auf Erden ist berechtigt, zu seinen Gunsten von seinem Nachbar die Aufopferung seiner selbst zu fordern, keines ist verpflichtet, sich zum Besten des Nachbarn zu verläugnen oder aufzuopfern. Die Natur kennt keine herrschenden sowie keine dienstbaren Völker.“ Österreichs Staatsidee. Von Franz Palacky, Prag 1866, S. 83.

² Univers.-Archiv München.

laden die Eisenacher Brüder ein, sich recht zahlreich bei der Jubelfeier der Prager Hochschule zu beteiligen.

Unter den rein deutschen Universitäten hat Halle a. S. der burschenschaftlich demokratisch einheitlich gerichteten Studentenbewegung gegenüber eine besonders bemerkenswerte Stellung eingenommen. Die Majorität der Halleschen Studentenschaft war offenbar konservativ gerichtet. Heinrich Leo, das ehemalige Mitglied der Jenerer Burschenschaft von 1818/19, der später hochkonservative Hallenser Professor der Geschichte und Rundschau der Kreuzzeitung in Berlin, entfaltete in Halle seit Jahren seine Lehrtätigkeit. Neben ihm der Professor der Theologie August Tholuck, sowie der als Danteforscher hochberühmte Jurist Karl Witte. Die vom provisorischen Gesamtausschuß der deutschen Studentenschaft an die Frankfurter Nationalversammlung zu richtende Adresse wurde am 18. Juli 1848 von einer gesetzmäßig berufenen Studentenversammlung in Halle mit entschiedener Majorität verworfen. Die Minderheit fand aber Mittel und Wege, ihre Leute zu einem Reformklub zu sammeln, und meldete am 22. Juli an den Vorort Breslau ihre Zustimmung zum Adreß-Entwurf, der im Juni 1848 von der Wartburg ausgegangen war. Unter dem Schreiben lesen wir Namen wie Th. Zahn stud. theol., Wold. Heffter stud. phil. und G. Hertzberg stud. phil.

Auf der zweiten Wartburg-Versammlung waren sieben Vertreter der Halleschen Studentenschaft mit ihrem Führer Ph. Collischonn stud. theol. an der Spitze erschienen. Da der Gesamtausschuß damals wie früher sich das Recht zuschrieb, für die ganze deutsche Studentenschaft bindende Beschlüsse zu fassen, so erklärten die Deputierten aus Halle am 28. September 1848 von Eisenach aus ihren förmlichen Austritt aus dem Gesamtausschuß. Von jeher, so sagten sie in einem langen Schreiben, seien sie der Ansicht gewesen, daß die Freiheit des akademischen Lebens ein so unveräußerliches Gut der Universitäten und der einzelnen Studenten sei, daß sie an Niemanden veräußert werden könne, weder an eine Versammlung von Stellvertretern, in der eine Majorität bindende Beschlüsse fassen wolle, noch an die Universitäten selbst. Die Hallenser Deputierten glaubten den innersten Charakter der Universitäten verletzt, sobald man von ihrer vollen Autonomie das Geringste abstreiten wolle. Die letzte und einzige Entscheidung ihrer Angelegenheiten stehe jeder einzelnen Universität für sich und dadurch in Wahrheit zuletzt jedem einzelnen Studenten zu.¹

¹ Alles nach den Akten des Münchener Universitäts-Archivs G XVI, 3 Bd. 4, 5 und 6. Beachtenswert ist auch der kurze Aufsatz P. Hübeners, Die

An dieser Stelle darf noch besonders die Frage aufgeworfen werden, ob die im Frühjahr 1848 mächtig einsetzende Bewegung, welche auf Einigung zunächst der deutschen Studentenschaft gerichtet war, wirklich die ganze Studentenschaft erfaßt hatte, oder ob sie sich in der Hauptsache auf die Burschenschaften und die ihnen näher stehenden Kreise beschränkte, die Korps aber abseits stehen sah. Einiges neue Material glaube ich auch zu dieser Frage beisteuern zu können.

An der Universität München bestanden aus der Landschuter Zeit die fünf älteren Korps der Franken, Pfälzer, Bayern, Schwaben und Isaren, von welchen freilich die Franken, Schwaben und Isaren erst während der Münchener Periode der Universität behördlicherseits zu verschiedenen Zeiten förmlich anerkannt worden sind. Eine Neubildung aus dem Jahre 1848 war die *Maxaria*.¹

Das Protokollbuch der Vertreter-Versammlung der Münchener Studentenschaft bemerkt schon zu der ersten Sitzung von 16. Mai 1848, daß Korps *Isaria* habe seine Lossagung vom S. C. und seinen Anschluß an die allgemeine Studentenschaft erklärt, die Korps *Bavaria*, *Palatia*, *Suevia* aber hätten sich zum Übertritt bereit erklärt, wenn sie den S. C. beibehalten dürften.²

Dementsprechend wurde in der Sitzung vom 20. Mai 1848 wiederholt ausgesprochen, der S. C. solle gemäß dem allgemeinen, freien Prinzip den vier Korps (Franken, Pfälzer, Bayern und Schwaben) verbleiben, er dürfe jedoch der allgemeinen Studentenverfassung in keinem Falle vorgreifen. In der fünften Repräsentanten-Versammlung, welche am 3. Juni 1848 mit Ermächtigung des Präsidenten von Thiersch im Waffensaale der Akademie der Wissenschaften abgehalten wurde, hatten die Korps *Palatia*, *Suevia* und *Bavaria* an die Versammlung das Ansinnen gestellt, das

studentischen Verbindungen in Halle und Leipzig kurz vor und in dem Jahre 1848, in den Burschenschaftl. Blättern Nr. 12 vom 15. Sept. 1912. über die Hallenser Verbindungen und Parteien berichtet Hübener hier nach einer Korrespondenz aus dem Dezember 1848. Danach wollte die Majorität der Halle'schen Studentenschaft, welche hauptsächlich in dem „konservativ-studentischen Klub“ vertreten war, sich der in Eisenach begründeten „Deutschen Studentenschaft“ nicht anschließen. Auch Hübener bemerkt eine Rückwirkung der Gegensätze, wie sie im Lehrkörper der Universität Halle hervorgetreten waren, auf die Hallenser Studentenschaft.

¹ Vgl. Max Weigl, Gedenkbuch des Korps *Bavaria* an der Universität München, München 1868, S. 208 ff., 258 ff., Richard Graf Du Moulin-Eckart, Die *Suevia* zu Landschut und München 1803–1903, München 1903, Wiltb. Riedner, Geschichte des Korps *Palatia*, S. 2–77.

² Man vergleiche auch Wiltb. Riedner, Geschichte des Korps *Palatia*, S. 149.

von Jena angeregte Wartburgfest nicht zu beschicken, weil es von den Burschenschaften ausgehe. Da dieser Antrag nicht angenommen wurde, so entfernten sich die meisten Mitglieder der Korps.

In der Sitzung vom 5. Juni erschienen (außer den Jsaren) nur noch Vertreter der Franken, welche sich, wie früher schon die Jsaren, vom S. C. lossagten. Die drei übrigen Korps (Bavaria, Palatia, Suevia) beschickten von da an die Repräsentanten-Versammlung nicht mehr.

Bekanntlich haben die zum S. C. zusammengeschlossenen Korps von elf deutschen Universitäten auf eine vom Heidelberger S. C. ausgegangene Einladung am 15. Juli 1848 einen allgemeinen Korps-Konvent in Jena abgehalten.¹ Offenbar aus den Kreisen der Münchener-Korps stammen die Erläuterungen, welche in der Beilage zur (Augsburger) Allgemeinen Zeitung Nr. 225 vom 12. August 1848 S. 3594 veröffentlicht worden sind. Da heißt es, die durch mehrere Blätter gelaufenen Besprechungen der Jenaer Korpsversammlung kämen nicht von gut unterrichteter Seite. Die von elf Universitäten beschickte Jenaer Versammlung der deutschen Korps, welche am 15. Juli eröffnet worden, habe gleich zu Anfang erklärt, daß ihre Beratungen nur die Verbesserung der Korpsverhältnisse zum Zweck haben sollten. Keineswegs könne die Korps-Versammlung als Ausdruck einer Opposition, als eine Art von Reaktionsmaßregel, gegen den Eisenacher Studententag angesehen werden. Die von der Jenaer Versammlung beschlossenen Gegenstände seien folgende: 1. Gründung einer allgemeinen Studentenschaft in allgemeinen Studentensachen; 2. Reorganisation der Korps, Abschaffung des Veralteten und Ersetzung desselben durch zeitgemäße Institute; 3. Vereinigung aller Korps unter ein Gericht, um ihnen Kraft und Bestand zu verleihen. In Jena sei gleich zu Anfang der Beschluß gefaßt worden, sämtliche Korps sollten auf ihren Universitäten der Allgemeinheit beitreten. Wenn ihnen dies zeitweilig durch irgendwelche Umstände unmöglich wäre, so sollten sie doch nach Beseitigung der Hindernisse eine Vereinigung möglichst anzubahnen suchen. Es sei also völlig unrichtig, wenn behauptet worden sei, in Jena sei jedem Korpsburschen verboten worden, sich an der allgemeinen Studentenschaft zu beteiligen. Auf den meisten Universitäten sei von Seiten der Korps eine Vereinigung mit der Allgemeinheit bereits erfolgt. Wo es nicht der Fall sei, werde sobald als möglich eine Vereinigung versucht werden, welche hoffentlich nicht an Hartnäckigkeit und

¹ Richard und Robert Keil, Geschichte des Jenaischen Studentenlebens, S. 621 f.

Vorurteilen scheitern werde.¹ Der Verfasser des Artikels erinnert weiter an die „ruhmreichen“ Märztage des Jahres 1848, in welchen die Korps aller Universitäten vereint mit allen Studenten wie Ein Mann aufgestanden seien; die damals von der Münchener Studentenschaft ausgegangene Adresse, welche Jedermanns Beifall errungen habe, sei ebensogut von Korps- wie von Nichtkorps-Studenten unterzeichnet. Die Korps hätten damals wie stets sich tätig erwiesen, wo es gelte zu kämpfen für Ehre, Freiheit und Vaterland. Offenbar gehörte der Einsender dieser Erläuterungen dem fortschrittlichen Flügel der Korpsverbände an. Daß es einen solchen gab, wird, abgesehen von den früher erwähnten progressistischen Korps in Göttingen, auch durch die Geschichte der Isaria in München erwiesen, welche, wie oben gesagt, bereits im Mai 1848 aus dem Verbande des S. C. ausgetreten war, und in einer Münchener Zeitschrift der Allgemeinen Zeitung Nr. 158 vom 6. Juni 1848 gerühmt wurde als eines der „freisinnigsten und solidesten“ Korps.²

III.

Unser Münchener Universitäts-Archiv verwahrt die Protokolle der im Herbst 1848 auf der Wartburg abgehaltenen Studentenversammlung ebenso wie die des Pfingstparlamentes. Aus langen Beratungen war im Herbst ein Organisations-Entwurf für die deutschen Universitäten hervorgegangen, welcher wiederum der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vorgelegt werden sollte. In 15 Paragraphen faßt er die maßgebenden Gedanken kurz zusammen. Alle Universitäten sollten aufhören, Landes-Universitäten zu sein und sollten zu National-Anstalten

¹ Vgl. auch Max Weigl, Gedenkbuch des Korps Bavaria an der Universität München zur Feier seines Jubiläums in Landshut 1867, München 1868, S. 473 f. Als Vertreter der Münchener Bavaria war ihr damaliger Senior Anton Freiherr von Lobkowitz nach Jena abgeordnet worden, als Vertreter der Palatia Baron von Fürstenwäther. Für die Münchner Suevia war Rothensfelder in Jena erschienen (Riedner, Korps Palatia, S. 149 f.). Das Ergebnis der Jenerseher Beratungen ist in der Nr. 6 der damals in Göttingen erscheinenden „Deutschen Studenten-Zeitung“ veröffentlicht worden.

² Die Isaria war schon in der Landshuter Zeit als eine Abzweigung aus der Bavaria im Jahre 1821 hervorgegangen. Wie damals, so wollte sie auch später, im Jahre 1844, und bei ihrer behördlichen Anerkennung im Jahre 1847, mehr das oberbayerische Element und vor allem München repräsentieren, gegenüber dem niederbayerischen in der Bavaria. Vgl. Max Weigl, Gedenkbuch der Bavaria, S. 259 und Univers.-Archiv G XV fasc. 81. Eine lange Eingabe der Isaren vom 7. November 1844 erschien dem akademischen Senat zu anspruchsvoll im Tone.

erhoben werden. Die Nation sei verpflichtet, sie zu erhalten. Von der deutschen Nationalversammlung gehe die Verfassung der Universitäten aus. Unumschränkte Lehrfreiheit und selbständige Verwaltung müsse den Universitäten gewahrt bleiben. Jede Universität aber werde vertreten durch einen aus sämtlichen Lehrern und einer gleichen Anzahl von Lernenden gebildeten Ausschuß. Jeder, welcher sich dafür befähigt halte, habe das Recht, über wissenschaftliche Gegenstände Vorträge zu halten, die Beurteilung der Wissenschaftlichkeit der Gegenstände stehe aber dem Universitäts-Ausschuß zu. Die besoldeten Lehrer sollten vom Staate auf Vorschlag des Universitäts-Ausschusses ernannt werden.

Die von den Studierenden bisher entrichteten Kollegienhonoreare sollten in Wegfall kommen. Dafür sollte der Staat den Dozenten nach Maßgabe der Vorlesungen und der Anzahl der Zuhörer eine Vergütung gewähren.

Mit Aufhebung aller Fakultätssonderung sollten die Universitäten fortan eine enzyklopädische Stellung einnehmen. Alle Prüfungen, welche mit der Fakultätssonderung zusammenhingen, sollten in Wegfall kommen.

Diesen in unserem Archiv liegenden Organisationsentwurf haben drei zu einer Kommission zusammengetretene studentische Delegierte in eine feste Form gebracht und am 3. Oktober 1848 in Eisenach eigenhändig unterschrieben. Es sind das die Studierenden Joseph Preißler aus Wien, Joseph Sensburg aus München und Karl Schurz aus Bonn, der letztere bekannt geworden als Befreier Gottfried Kinkels und berühmt als führender deutsch-amerikanischer Politiker.¹

Der vorstehend skizzierte Eisenacher Organisationsentwurf ist während des Winters 1848/49 innerhalb der einzelnen Studentenkorporationen der Universität München eifrig beraten worden. Im Universitäts-Archiv werden Aufschreibungen aufbewahrt, welche über die Abstimmungen der einzelnen Korporationen zum Teil ziffernmäßig genau Aufschluß geben. Eine ganze Anzahl von Abänderungsvorschlägen wurde eingebracht, von welchen zwei von einer gewissen prinzipiellen Bedeutung sind. In dem Eisenacher Entwurf lautete der § 1: „Die Universitäten sind die Institute, auf welchen die Wissenschaft und die Ausbildung ihrer Jünger gepflegt wird.“ In mehreren Verbindungen wurde angeregt, die Ausbildung der Studierenden durch den Zusatz: „allseitige und freie“ Aus-

¹ Karl Schurz war Mitglied der Bonner Burschenschaft Frankonia, welcher auch Julius Ficker aus Münster i. W. angehört hatte. Über seine Beteiligung am Septembertongreß in Eisenach berichtet Schurz in seinen Lebenserinnerungen, Bd. I, Berlin 1906, S. 144—156.

bildung zu ergänzen, was aber nur in der Rhenania mit 32 Stimmen angenommen wurde. Dagegen wollten mehrere Korporationen nicht bloß die Wissenschaft, sondern auch die Kunst in den Betrieb der Universitäten aufgenommen und demgemäß § 1 des Entwurfs erweitert wissen. In diesem Sinne stimmte die Dekade der Ambronia mit allen 10 Stimmen, die Gesellschaft Alpinia mit 14 Stimmen; in der Gesellschaft Liberia stimmten 1 Mitglied für die Kunst, 18 dagegen. In der Schweizer Verbindung Helvetia stimmten 18 Mitglieder für die Ausdehnung des Universitätsbetriebes auf die Kunst. In der Arminia stimmten ebenso 20 Mitglieder.

Dieses Eintreten für die Kunst werden wir in Verbindung bringen dürfen mit dem später zu erwähnenden schwungvollen Schreiben, welches der Studentenkongreß von Eisenach aus im Herbst 1848 an den in Frankfurt zusammengetretenen Ausschuß für Gründung einer freien akademischen Universität gerichtet hat.

In mehreren Münchener Studentenkorporationen ist aber die im Eisenacher Organisationsentwurfs § 11 geforderte Beseitigung der Kollegienhonorare umgewandelt worden in das Verlangen der Ermäßigung bezw. bedeutender Ermäßigung der Honorare.

Eine bedeutende Ermäßigung der Kollegienhonorare haben unter anderen auch die vier Dekaden der Verbindung Gothia gefordert, ebenso 27 von 30 Mitgliedern der Allgovia. In dem Korps Frankonia stimmten die anwesenden 20 Mitglieder sämtlich für die Ermäßigung der Honorare. In einem „Proteste“ erklärten 42 Mitglieder der Verbindung Markomannia, die Kollegienhonorare sollten ermäßigt werden.¹

IV.

Ende August (am 27. 28. und 29.) 1848, an den Geburtstagen Hegels und Goethes, kurz vor dem zweiten studentischen Wartburg-Parlamente, war in Frankfurt a. M. ein Ausschuß von Dozenten und anderen Männern und Freunden des Geisteslebens zusammengetreten, welcher den Beschluß gefaßt hatte, in Wien neben der alten kaiserlichen Universität eine freie akademische Universität zu stiften.²

Die Anregung dazu war ausgegangen von Männern wie Moritz Carrière, unserem späteren Kollegen, damals Privatdozenten in Gießen, Ludwig Feuerbach in Bruckberg bei Ansbach, Arnold Ruge, dem Jung-

¹ Alles nach Univ.-Archiv G XVI, 3, Bd. 4.

² Vgl. Beilage zur „Allgem. Zeitung“ (in Augsburg) v. 17. August und 9. September 1848.

Hegelianer, der zugleich Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung war, seinem Parlamentskollegen R. Naumwerck aus Berlin und fünf anderen Persönlichkeiten. Eine von ihnen unter dem 15. Juli 1848 von Frankfurt veröffentlichte „Denkschrift zur Gründung einer freien akademischen Universität“ hatte zunächst Frankfurt a. M. als Sitz der Universität ins Auge gefaßt. Dem Rufe nach Umgestaltung der deutschen Nationalerziehung, den einst schon Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation wie mit Donnerstimme erhoben, möchte sie zunächst an der Spitze des Bildungswesens Verwirklichung verschaffen. Den alten Universitäten, welche zu Staatsanstalten geworden wären und die Heranbildung künftiger Staatsdiener zur vornehmsten Aufgabe erhalten hätten, will sie ein Zentralinstitut der Wissenschaft gegenübergestellt wissen. In einem der Denkschrift eingefügten Satzungsentwurf heißt es, die akademische Universität betrachte sich als die höchste Gestaltung des gemeinsamen freien Geisteslebens und die übrigen Bildungsanstalten als Voraussetzungen ihrer selbst. Die bisherigen Hochschulen sollten als gelehrte Seminarien angesehen werden, die geplante akademische Universität aber die philosophische Durchdringung der Fachwissenschaften erstreben, ohne doch eine geistvolle empirische Behandlung derselben schlechthin auszuschließen.

In der Geschichte des Geistes sollte zunächst die Kunst, aber auch das Recht und die Religion behandelt werden. Nach dem Satzungs-Entwurf sollte ein zur Gründung des Instituts zusammentretender wissenschaftlicher Kongreß die ordentlichen akademischen Lehrer, 30—40 an der Zahl, erwählen. Im übrigen sollte es jedem, der das Prinzip der Selbstbestimmung und Selbsterzeugung des Menschengesistes im vollen Sinne des Wortes, zu dem seinigen macht, gestattet sein, an der akademischen Universität als Privatdozent oder außerordentlicher akademischer Lehrer aufzutreten. Fakultäten sollte es an der geplanten Universität so wenig geben wie die Erteilung akademischer Grade. Die Selbstregierung der akademischen Universität sollte geführt werden von einem alljährlich beim Beginne des Wintersemesters von sämtlichen Lehrern aus ihrer Mitte gewählten akademischen Ausschuss. Die Studierenden aber sollten das Recht haben, aus der Mitte des Ausschusses einen Präsidenten und zwei Sekretäre zu wählen.

Von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. sollten 50 000 Thaler zur Bestreitung der Bedürfnisse der akademischen Universität erbeten werden.

Diese akademische Hochschule solle unmittelbar unter dem Schutze des deutschen Gesamtstaates stehen; ihre Lehrer sollten durch die Zentral-

regierung besoldet werden, welche auch die Bedürfnisse der Anstalt zu bestreiten habe, ohne das Recht zu haben, akademische Lehrer ein- oder abzusetzen. Die deutsche Zentralgewalt sollte eine Ehre dareinsetzen, die unbedingte Selbstregierung und Autonomie der akademischen Universität anzuerkennen.¹

An der Beratung über diesen Entwurf hatten Ende August 1848 im Holländischen Hof in Frankfurt außer den Unterzeichnern der Denkschrift auch Dr. S. Deutsch aus Wien, Gottfried Kinkel aus Bonn, Friedrich Rapp aus Hamm, Friedr. Theod. Vischer aus Tübingen und andere Männer teilgenommen. Ausdrücklich wird auch die Anwesenheit studentischer Vertreter aus Leipzig und Breslau erwähnt.²

Auf Grund der Debatte wurde in der Versammlung einer Anregung des Wiener Dr. Deutsch³ Folge gegeben und an Stelle des ursprünglich ins Auge gefaßten Frankfurt die alte Kaiserstadt Wien als Sitz der freien akademischen Universität erwählt.

Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, welche bereits in ihrer Beilage vom 17. August 1848 über den Plan der freien deutschen Akademie berichtet hatte, wußte in der Beilage vom 9. September zu melden, der Frankfurter Ausschuß habe bereits Schreiben nach Wien gerichtet an den dort tagenden Reichstag, an das Ministerium und an die Aula. Bezeichnenderweise scheint aber das Frankfurter Parlament niemals mit diesem Traume „gelehrter Schwarmgeister“ befaßt worden zu sein.⁴

In den Kreisen der zu ihrer Herbsttagung auf der Wartburg versammelten Deutschen Studentenschaft hat der von Frankfurt im Hochsommer ausgegangene Gedanke kräftig gezündet.

In wahrhaft überschwänglichen Worten hat der Gesamtausschuß der deutschen Studentenschaft von Eisenach aus diesen Plan begrüßt. „Wenn wir Euch richtig verstanden haben“, so heißt es in einem an den Frankfurter Ausschuß gerichteten Schreiben der Studentenschaft, das

¹ Die Denkschrift ist wieder abgedruckt in den Frankfurter Historischen Forschungen, Neue Folge, Heft 1: Rudolf Jung, Frankfurter Hochschulpläne 1384—1868, Leipzig 1915, S. 146—153.

² Cfr. R. Jung a. a. O. S. 88—91.

³ Anscheinend identisch mit dem bekannten Hebraisten Simon Deutsch, der, in Nikolsburg in Mähren geboren, als Gelehrter die hebräischen Handschriften der k. k. Hofbibliothek in Wien beschrieben, später aber in Paris und Konstantinopel ein großes Kaufhaus begründet hat.

⁴ Jung a. a. O. S. 91.

abschriftlich in unserem Archiv vorliegt, „so habt Ihr den großartigen Gedanken gefaßt, in dieser Akademie Wissenschaft und Kunst, Wahrheit und Schönheit zu vermählen, das Wissen aus dem Kreise des Forschens zur Heiterkeit der klaren Anschauung zu erheben, und der Anschauung die Tiefe des Gedankens mitzuteilen, um den Jüngling in wissenschaftlicher, politischer und ästhetischer Beziehung auf die Höhe unserer Weltanschauung zu erheben.“ Eine Bildungsanstalt, welche nicht die beiden Pole der Wissenschaft und der Kunst auf das innigste miteinander verbinde, müsse eine einseitige, halb barbarische bleiben.¹

In einem zweiten Schreiben wendete sich damals der Kongreß der deutschen Studentenschaft zu Eisenach an die Bewohner Wiens. Die Studenten rufen das Volk der alten Kaiserstadt, die damals in neuen revolutionären Zuckungen lag, auf: „Vollendet Ihr zum Heile des ganzen Vaterlandes diese Tat des deutschen Geistes! Wie Ihr so großen Ruhm Euch errungen habt für die deutsche Freiheit, erndtet eben so großen ein für die deutsche Wissenschaft.“

Um Wien und die ganze Donaumonarchie tobte damals ein doppelter Kampf, der Streit mit den äußeren Waffen, in welchem die Feldherren und Generäle, ein Radetzky, ein Windischgrätz und Jellachich den Sieg gewannen. Und der andere Kampf der parlamentarischen Debatte, welche in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. in den Oktoberwochen des Jahres sich abspielte, als man an die Beratung der entscheidungsvollen ersten Paragraphen der neuen Reichsverfassung herantrat. Am 20. Oktober 1848 hat mein hochverehrter Göttinger und Berliner Lehrer Georg Waitz, damals noch Professor in Kiel, in der Paulskirche sich abgemüht, das schier unlösbare österreichische Problem einer Lösung näher zu bringen. Er rechnete damals mit dem Auseinanderfall des alten Habsburger-Reiches!

¹ Schon Dr. Joh. Nepomuk Ringseis hatte im Beginne der Regierung König Ludwigs I. im Hinblick auf die damals erörterte Verlegung der Universität von Landshut nach München die Notwendigkeit betont, gerade in München an der Universität Kunstanschauungen, Kunstgefühle, Kunsturteile zu wecken und zu beleben. In unserer Zeit, so sagte Ringseis, seien Kunst und Wissenschaft inniger verbunden als je. Beide müßten einander fördern. Durch solche Verbindung könne in München eine Universität errichtet werden, wie es keine andere gebe, zu welcher die Studenten aus allen Gegenden Deutschlands und Österreichs strömen würden. Auch zur Erhebung des ganzen Volkes könne in Bayern der unentbehrliche Anstoß nur von München ausgehen. Vgl. Erinnerungen des Dr. Joh. Nepom. v. Ringseis, ed. Emilie Ringseis, Bd. II, Regensburg 1886, S. 218—221.

V.

Hören wir nun, wie andere Professoren in der neuen Zeit sich zurecht zu finden sich bemühten und dabei vornehmlich die Interessen der deutschen Universitäten wahrzunehmen bestrebt waren. In München war im Laufe des März 1848 der Landtag des Königreiches zusammengetreten. Als Abgeordneter der Universität Würzburg gehörte der II. Kammer der Professor Karl Edel an, Mitglied der juristischen Fakultät in Würzburg. Ende März bezw. Anfang April 1848 brachte er in dem Hause an der Brannerstraße zwei Anträge ein. Der eine stellte sich dar als eine längere Petition der Gesamtheit der Würzburger Universitäts-Professoren, der andere als ein Antrag der Münchener Studentenschaft.

Die Würzburger Kollegen glaubten damals mit der sozialen Wiedergeburt des deutschen Volkes und seiner freiheitlichen und einheitlichen Entwicklung auch die Stunde der Wiedergeburt für die Hochschulen Deutschlands nahe gekommen. Immer seien diese die Pflanz- und Pflegestätten nationalen Geistes gewesen. Auch der Druck polizeilicher Bevormundung in den Karlsbader Beschlüssen habe sie auf die Dauer nicht darin zu behindern vermocht. Das Ziel, welches die deutsche Nation sich nunmehr, im Jahre 1848, gesteckt habe, sei auch das Ziel der Würzburger Professoren: ein freies, einiges und in der freien Einigung starkes Deutschland. Da nun aber die Hochschulen Deutschlands vor anderen den ehrenvollen Beruf hätten, Pfleger dieses nationalen Geistes zu sein, da nur die vereinte Kraft der gesamten deutschen Hochschulen und ihr Wirken in Einem Geiste diese Aufgabe würdig und mit Erfolg zu lösen vermöge, so mußten die Würzburger Professoren an die hohe Kammer der bayerischen Abgeordneten die Bitte richten, sich allerhöchsten Ortes dahin verwenden zu wollen, daß die von ihnen geforderte Reorganisation auch den übrigen Hochschulen des gesamten deutschen Vaterlandes durch ihre Regierungen zuteil werden und jetzt schon diese Einheit und Zusammengehörigkeit der deutschen Hochschulen dadurch anerkannt werden möge, daß Deutschlands Söhnen es fortan überall freigegeben werde, welche unter den Hochschulen sie als Bildungsstätte wählen wollten.

Die von ihnen geforderte Reorganisation der Universität finden sie ausgedrückt mit dem einen Worte der Autonomie, der korporativen Selbständigkeit.

Die Würzburger verlangen daher Beseitigung der besonderen Ministerial-Kommissäre, Ergänzung des Lehrpersonals durch die Universität selbst und endlich die volle und ungehemmte Lehrfreiheit.

Die Würzburger Kollegen verlangten weiter Beseitigung des zur drückenden Last gewordenen Honorarienzwanges und Entschädigung der Professoren für den hier eintretenden Ausfall aus der Staatskasse.

Ganz anders hat ein halbes Jahr später die Versammlung deutscher Universitätslehrer in Jena bei ihren Verhandlungen zur Reform der deutschen Hochschulen (21.—24. September 1848) sich für die Beibehaltung der Honorarien ausgesprochen. Die zur Debatte gestellte Frage: „Soll im Interesse der Erhaltung des Instituts der Privatdozenten und der Freiheit der akademischen Lehrer das Prinzip der Honorare festgehalten werden?“ wurde in Jena einstimmig bejaht. Für die Erhebung der Honorare wurde das preussische System der Stundung empfohlen.

Begreiflicherweise hat die Professoren-Versammlung in Jena sich auch mit der Frage der Lehrfreiheit im Sinne der Freiheit beschäftigt und neben dem Institute der Privatdozenten auch den Prüfungen, den Staatsprüfungen wie den Fakultätsprüfungen, ihre Aufmerksamkeit zugewendet.

In Bayern hatten Seine Majestät der König Max II. wie die Regierung der Jenaer Professoren-Versammlung ihr lebhaftes Interesse entgegengebracht. Eine Ministerial-Entschließung vom 9. Juli 1848 hatte auf Befehl des Königs die Wahl von je fünf Vertretern der drei Landes-Universitäten angeordnet, wobei auch die außerordentlichen Professoren berücksichtigt werden sollten und außerdem die Privatdozenten ermächtigt wurden, einen aus ihrer Mitte gewählten Delegierten zu bezeichnen. Als Vertreter der außerordentlichen Professoren ist Dr. Max Bettenkofer, als Vertreter der Privatdozenten der Historiker Dr. C. Quitzmann nach Jena abgeordnet worden, von den Ordinarien außer Thiersch und Ringseis auch der Theologe Stadlbaur, der Jurist Friedrich Dollmann, der Chirurg Philipp von Walther. Die bayerische Regierung hat den Abgeordneten die standesmäßigen Diäten auf 12 Tage und die Reisespesen zugesichert. Motiviert wurde diese höchste Entschließung durch die Absicht, „die gleichmäßige Regelung der Verhältnisse aller deutschen Hochschulen durch gründliche Beratung von Vertretern aller deutschen Universitäten möglichst zu fördern.“¹

Was aber weder in der Würzburger Professoren-Petition vom 30. März 1848 noch in den Verhandlungen der Jenaer Professoren-

¹ „Allgem. Zeitung“ Nr. 216 vom 3. August 1848 und Univ.-Archiv B III 12.

Versammlung zur Sprache kam, das war die Übertragung der Universitäten von den Einzelstaaten auf das schwarz-rot-goldene Deutsche Reich.

Dem Überschwange der akademischen Jugend gegenüber wird man gerade bei dieser Frage in der Zurückhaltung der Professoren die Besonnenheit des reiferen Alters und der größeren Lebenserfahrung anzuerkennen haben.

Bei der Abstimmung über die Frankfurter Kaiserwahl gingen übrigens am 28. März 1849 die Stimmen der im Parlament vertretenen Universitätslehrer stark auseinander: Ludwig Arndts, der aus Westfalen stammende Münchener Pandektist, enthielt sich der Abstimmung, ebenso votierten die Professoren Dr. Buß und A. Gyröer aus Freiburg i. Breisgau, Ignaz Döllinger, Jakob Fallmerayer, Ernst v. Lasaulx, Dr. Georg Phillips und Dr. Joh. Sepp aus München u. a., während die Majorität der akademischen Dozenten dem Könige Friedrich Wilhelm IV. ihre Stimme gaben unter der Führung der Professoren Friedrich Christoph Dahlmann, Gustav Droysen, Max Duncker, Georg Beseler und Georg Baiz, welchen auch unser späterer Kollege Karl Adolf Cornelius sich anschloß, damals Professor der Geschichte an der Hofianischen Akademie zu Braunschweig. Der Würzburger Professor der Rechte Edcl erklärte: Ich wähle keinen Erbkaiser, Fürst Waldburg-Zeil-Traumburg aus Stuttgart gab unter dem lebhaften Bravo der Linken seinen Kürspruch ab mit den Worten: Ich bin kein Kurfürst.¹

Einer aber unter den in Jena versammelt gewesenen Professoren war Heinrich von Sybel, der Geschichtschreiber, damals Professor in Marburg, später seit 1856 Professor in München, seit 1861 in Bonn. Ein Mann der Forschung aus Rantes Schule und zugleich der Meister des kunstvollen historischen Stils war er noch in seinem vorgerückten Alter, als ich ihn in Berlin kennen lernte, durchglüht von dem Feuer lebhaft politischer Auffassung der geschichtlichen Entwicklung vornehmlich des deutschen Volkes. In einer berühmt gewordenen Festrede, welche er im November 1859 im Jahre des italienischen Krieges in unserer Akademie der Wissenschaften gehalten, hat er scharfe, keineswegs überall zutreffende Kritik geübt an der mittelalterlichen Kaiserpolitik und an ihrer sie naiv verherrlichenden modernen Darstellung. In seinem Buche: Die deutsche Nation und das Kaiserreich wurde er im Jahre 1862 zum

¹ Nach der Abstimmungsliste im Stenograph. Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. ed. Franz Wigard, Bd. VIII, S. 6084—6093.

Propheten der später von Bismarck verwirklichten kleindeutschen Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens. Mit dem schwersten Rüstzeug gelehrter Forschung ist ihm vor andern Julius Ficker in Innsbruck als Verfechter der großdeutschen Geschichtsauffassung wie des großdeutschen Zukunfts-Programms entgegengetreten.

Heinrich von Sybel aber, der kleindeutsche Politiker und Geschichtsschreiber, hat im Jahre 1874 in der Aula der Universität Bonn eine akademische Rede gehalten über die Universitäten und die Gymnasien. Frohen Mutes glaubte Sybel dabei die Tatsache feststellen zu können, daß die große Wandlung von 1871, daß die Gründung des Deutschen Reiches unsern Universitäten weder direkt noch indirekt irgendwelchen Nachteil gebracht habe. Die Stärkung des nationalen Selbstgefühls habe auch auf die akademischen Kreise erfrischend und erhebend eingewirkt, und die hie und da laut gewordenen Besorgnisse einer von nun an reißend wachsenden Zentralisation, eines Aufsaugens alles geistigen Lebens durch die Reichshauptstadt hätten sich als unbegründet erwiesen. Die Reichsverfassung habe die gesetzlichen Normen des Unterrichtswesens völlig unberührt gelassen.

Nach dieser Feststellung erklärt aber Heinrich v. Sybel unumwunden, die Reichsverfassung erscheine ihm in dieser wie in mancher Hinsicht als ein Provisorium, mehr als eine rasche Abfindung mit den zeitweiligen Machtverhältnissen als eine rationelle Erledigung der sachlichen Bedürfnisse. Diese letzteren, die sachlichen Bedürfnisse, würden, wie man mit größter Wahrscheinlichkeit es aussprechen könnte, sehr bald die Gesetzgebung über den höheren Unterricht mit zwingender Kraft in die Hand der Reichsgewalt überführen, ein Satz, den gerade die Verhältnisse der Universitäten mit jedem Tage anschaulicher machten. Uns allen gelte es als selbstverständlich, daß jedem deutschen Studenten jede deutsche Universität offen stehe, daß die Zeugnisse einer jeden in ganz Deutschland gleiche Wirkung hätten, gleiche Anerkennung genießen müßten. Darin liege unmittelbar die Notwendigkeit, alle deutschen Hochschulen, ohne Unterschied des Staates dem sie angehörten, gleichmäßig zu organisieren, und für die Erzielung und Erhaltung dieser Gleichmäßigkeit gebe es keine andere Gewähr, als die Überweisung der Unterrichtsgesetze an die Reichsgewalt.

Hier offenbaren sich offenkundig politische Einheitsbestrebungen unter schwarz-weiß-roter Devise. Auch sonst sind solche und ähnliche Gedanken in den bewegten Jahren 1848/49, 1866/67 und auch nach 1871 des öfteren hervorgetreten. Man dürfte sich nicht sehr wundern, wenn sie

auch nach Beendigung des Weltkrieges wieder stärker an die Oberfläche getrieben werden würden.

Wir aber wollen uns der Staatskunst erinnern, durch welche Otto von Bismarck das Reich zustande gebracht hat. Gewiß war er ein Realpolitiker, der zuerst und im Beginne seiner Laufbahn darauf Bedacht nahm, Preußen zu erhöhen, die räumlich von einander getrennten Teile der Preussischen Monarchie mit einander in Verbindung zu bringen. Zugleich griff er das kleindeutsche Programm der Gothaer auf, nach welchem Preußen die bundesstaatliche Einigung Deutschlands durchzuführen berufen sein sollte. Um aber die Einigung wirklich zustande zu bringen, war er bereit, zugunsten der süddeutschen Königreiche, vornehmlich Bayerns, auf die bundesstaatliche Schablone zu verzichten. In treuer Hingebung an das neue Reich haben ihm Bayerns Fürstenhaus und Volk diese wahrhaft praktische Staatskunst gedankt.

Diese von der Schablone absehende Realpolitik wird sich auch in Zukunft bewähren.

VI.

In den sturmbelegten Maitagen des Jahres 1849, als das Frankfurter Verfassungsverfahren zu Scheitern ging, und revolutionäre Bewegungen aufflammten in Dresden, in der bayerischen Rheinpfalz und in Baden, da kam es auch in der Münchener Studentenschaft unter dem Rektorate des Theologen Stadlbaur zu krampfhaften Zuckungen. Unter der Führung der bewegungslustigen Studentenverbindung Rhenania, welche Ende November 1848 eine Trauerfeier für Robert Blum zu veranstalten versucht hatte, wurde es unternommen, mit der Studentenschaft auch ihr Freikorps in Aktion zu bringen. Das Freikorps sollte zunächst auf die Frankfurter Reichsverfassung vereidigt werden. In einer stürmisch verlaufenden Studentenversammlung im Gasthaus zum Prater wurde am 7. Mai 1849 von Joseph Sensburg angeregt, die gesamte Studentenschaft Deutschlands für die Reichsverfassung unter die Waffen zu rufen, in München aber das Gesamtstaatsministerium durch eine Adresse und eine Deputation aufzufordern, es wolle alle seine Kraft anbieten für Durchführung der Reichsverfassung.

Bereits am Nachmittage dieses kritischen siebenten Mai war der Akademische Senat versammelt gewesen und hatte sorgenvoll seine Stimme warnend und mahnend erhoben in einer am schwarzen Brett der Universität angeschlagenen kurzen Ansprache an die Studierenden:

„Akademische Bürger und Freunde!“ so hieß es hier: „Der von einigen Verbindungen ausgegangene Maueranschlag vom 6. d. Mts. ladet

Sie für diesen Abend zu einer Versammlung ein. In diesem Anschläge kommen Äußerungen vor, welche dahin gedeutet werden können, als sei in ihnen eine Aufforderung zur Auflehnung gegen die Staats-Regierung enthalten. Wir vertrauen zu Ihnen, daß Sie in Ihrer Mitte keinen Einfluß gestatten werden einem Ihnen selbst und der Universität Verderben drohenden Geiste, — wir hoffen im Rückblicke auf Ihre Haltung in früherer und jüngster Zeit mit Zuversicht, daß Sie der Sprache der Empörung Ihr Ohr nicht leihen, daß Sie jede Aufforderung zur Gewalttat mit Entrüstung von Sich weisen werden.

München, den 7. Mai 1849.

Rector und akademischer Senat.“¹

In einem bei den Akten liegenden Entwurfe werden fünf Verbindungen genannt, welche den Maueranschlag vom 6. Mai erlassen hatten: Die Danubia, Norica, Rhénania, Rhénopalatia und die Waiblinger, und es wird hier offen ausgesprochen, der Maueranschlag atme den Geist der Revolution. Rector Stadlbaur hat sich eigenhändig bemüht, den Ton der Senats-Ansprache zu dämpfen und zu mildern.

Die erwähnte Studenten-Adresse ist tatsächlich beschlossen und überreicht worden. Sie lautet nach einem im Universitäts-Archiv verwahrten Entwurf:

Hohes bayerisches Gesamtministerium!

Als im März des Jahres 1848 das ganze deutsche Volk sich erhob, um die lange vorenthaltenen Freiheiten wieder zu erlangen, da stand die Münchner Studentenschaft, eine der ersten, in den Reihen derer, die für ein einiges Deutschland und seine Freiheit Gut und Blut einzulegen bereit gewesen.

Damals war es auch, wo die Münchner Studentenschaft vor dem Könige Gesinnungen dargelegt, wo sie erklärte, nie mit Rußland gegen Frankreich, sondern mit Frankreich gegen Rußland zu ziehen. Eben diese Russen stehen jetzt an den Grenzen Deutschlands, (gerufen von ihren Verbündeten), drohen seine Freiheit zu vernichten und Deutschland ist ohnmächtig und in unseliger Spaltung begriffen.

Diese Feinde abzuwehren vermag aber nicht ein bloßer Staatenbund, sondern nur ein Bundesstaat mit kräftiger Zentralgewalt² wie es der Wille des gesamten deutschen Volkes im März vorigen

¹ Univ.-Archiv D XIV Nr. 8.

² Im Entwurf ist das ursprüngliche Wort „Einheitsstaat“ eingeklammert.

Jahres war, und wie es von der verfassunggebenden Nationalversammlung beschlossen wurde.

Die unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung ist der Wunsch der unterzeichneten Münchener Studenten, die ihrerseits alle Kräfte entbieten werden, ein hohes bayerisches Gesamtministerium in der Erfüllung dieses einzigen Wunsches jedes wahren Patrioten zu unterstützen.

Die Lösung der unterzeichneten Münchener Studenten ist:

Ein einiges Deutschland

im Sinne der Vertreter des deutschen Volkes!

In aller Ehrerbietung

unterzeichnen

Zahl der Unterschriften 402 + 2.

Am Vormittage des 9. Mai fand die Überreichung der Adresse, welche inzwischen 800 Unterschriften erhalten hatte, im Ministerium des Innern statt, wo die von Joseph Sensburg geführte Studenten-Deputation (25 Mitglieder) an Stelle des abwesenden Ministers von Forster vom Kultusminister Dr. Ringelmann empfangen wurde.

Eine Massenbegleitung der Deputation durch sämtliche Unterzeichner war durch Anschlag am schwarzen Brett ausdrücklich verboten worden. Der Kultusminister verwies in seiner Antwort kurz auf eine vom Gesamt-Staatsministerium durch Vermittelung des als Reichskommissär vorübergehend in München anwesenden Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzministerium Karl Mathy nach Frankfurt erlassene Note und auf die nach 5 Tagen im Landtag zu erwartende Beratung. Er mahnte, den Boden des Gesetzes nicht zu verlassen, worauf der Sprecher Sensburg die Kühnheit hatte, zu bemerken, die ganze Manifestation geschehe ja gerade zur Anerkennung des Gesetzes, nämlich der Reichsverfassung. Und ein anderes Mitglied der Deputation, der Pfälzer Kreis, wagte hinzuzufügen, das Ministerium möge Dresden gegenwärtig wohl im Auge haben,¹ wo es zu schweren Straßenkämpfen gekommen war. Die Antwort des Ministers Dr. Ringelmann wurde von der Deputation den zahlreich in der Halle des Universitätsgebäudes harrenden Studierenden überbracht, worauf sämtliche versammelte Studenten unter Absingung deutscher Lieder die Ludwigstraße hinauf vor die Feldherrnhalle zogen. Unter Lebehochrufen auf die Verfassung und auf Deutschland gingen sie alsdann auseinander.²

¹ Bericht im Münchener „Vorwärts“ vom 10. Mai 1849.

² „Allgemeine Zeitung“ (Augsburger) Nr. 130 vom 10. Mai 1849.

Am gleichen Tage hat das Gesamtstaatsministerium in München eine eindringliche „Proklamation an das bayerische Volk“ beschlossen, welche am 10. Mai vormittags veröffentlicht wurde und scharf auf die Ungefehrlichkeit der namentlich in der Pfalz beschlossenen Schritte zur Einführung der Reichsverfassung hinwies. Die Regierung behielt sich vor, dem Landtage diejenigen Punkte der Frankfurter Reichsverfassung zu bezeichnen, welche ihr mit der Einigung Deutschlands und dem Wohle Bayerns als unverträglich erschienen.

Die Frage der Einführung der Frankfurter Reichsverfassung bereitete auch dem Münchener Studenten-Freikorps ein unerwartet rasches Ende. Die Krisis kündigte sich an durch den am 10. Mai 1849 erfolgten Rücktritt des Majors Rubenbauer vom Korps-Kommando. Nicht ohne Schwierigkeiten wurde alsbald der Studierende Karl Rücker als provisorischer Kommandeur bestellt.

Am 11. Mai 1849 faßte eine Studenten-Freikorps-Versammlung mit Majorität den Beschluß „Das Studenten-Freikorps beschwört feierlich die Reichsverfassung.“ Eine von den Rechtskandidaten Anton Oberniedermayr, einem Mitgliede der Isaria, und Alois Hierl, sowie von dem Theologen Joh. Evang. Pfeiffer geführte Minderheit erblickte in einer solchen Vereidigung eine bloße Demonstration, welche sie ablehnte.

Die Reichsverfassung selbst erschien auch dieser Minderheit als eine Verwirklichung der vom Volke wie von der Studentenschaft gehegten Wünsche nach nationaler Einigung und Unabhängigkeit des gesamten Vaterlandes von dem verderblichen Einfluß Rußlands. Als daher das Studenten-Freikorps mit Ministerial-Entschließung vom 15./16. Mai 1849 für aufgelöst erklärt wurde,¹ gab die Minderheit in einem an das Ministerium des Innern gerichteten Schreiben ihrem Erstaunen wie ihrem Schmerz lebhaften Ausdruck, indem sie unter Protest gegen die Auflösung die Wiederherstellung ihrer Ehre durch alsbaldige Reorganisation des Freikorps forderte.

Gegen eine Anzahl kompromittierter Studenten, vornehmlich gegen den später als Freimaurer-Schriftsteller bekannt gewordenen Gabriel Findel, gegen die Landrichtersöhne aus Burgebrach, Joseph und Franz Sengsburg, und einige andere, wurden Haftbefehle erlassen wegen nächsten Versuches zum Hochverrat. So wurden alle revolutionären Bewegungen

¹ Ein Teil der Studentenschaft hatte am 14. Mai abends in einer im Gasthaus zum Prater abgehaltenen allgemeinen Versammlung trotz dringender Abmahnung von seiten des Rektorates beschlossen, am 15. Mai nachmittags 4 Uhr in der Universitäts-Hula freiwillig den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten.

in München im Keime unterdrückt. In der Studentenschaft, wie insbesondere in der Professorenschaft, in welcher die besonnenen und doch freiheitsfreundlichen Elemente wie Friedrich Thiersch und die entschieden konservativen Persönlichkeiten, wie der Jurist Hieronymus Bayer, der Theologe Stadlbaur, der Mediziner Ringseis, der Archäologe Streber die Oberhand behielten, siegte die monarchische, den Einzelregierungen freundliche Überlieferung.

Der Frankfurter Kaisertraum zerrann in nichts.

VII.

Schon gegen das Ende des Jahres 1848 war in Halberstadt eine kleine anonyme, aber bemerkenswerte Broschüre erschienen unter dem Titel „Polen, Preußen und Deutschland“. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas. Ihr Verfasser war der später als politischer Schriftsteller ungemein rührige, von Richard Wagner und vielen anderen hochgepriesene großdeutsch-föderalistische Politiker Konstantin Franz. Im Jahre 1848, wie später bis an sein im Jahre 1891 eingetretenes Lebensende, hat er für Deutschland die politische Einigung auf streng nationaler Grundlage, demgemäß auch das in Frankfurt a. M. geplante Deutsche Reich mit kaiserlicher Spitze scharf bekämpft. Im Jahre 1848 empfahl er auf Kosten Rußlands die Erweiterung Preußens zu einem baltischen Föderativstaat mit Einbeziehung Littauens und Polens. An Stelle des Kaisertums riet er 1848, an die Spitze Deutschlands mit Einschluß Osterreich-Ungarns und Preußen-Polen-Baltiens ein dreiköpfiges Direktorium zu setzen, ein Programm, ähnlich dem, welches bald darnach von Bayerns neuem leitenden Minister Ludwig Freiherrn von der Pfordten unter Verzicht auf Polen-Baltien zeitweilig betrieben wurde. Nach dem Jahre 1866 und auch noch nach 1870/71 wurde Franz zum entschiedensten Gegner Bismarcks.

Statt des Nationalismus wollte er von deutscher Seite einen expansiven europäischen Föderalismus gepflegt wissen. Noch in den Jahren 1882/83 rechnete er in seinem dreibändigen Werke „Die Welt-politik“ mit dem Verschwinden des neuen deutschen Reiches. An dessen Stelle sollte nach Konstantin Franz ein Mitteleuropa unter deutscher Führung treten, das allmählich sich zu einer Föderation des abendländischen Europa erweitern könnte.

Sieht man genauer zu, so bemerkt man neben vielen scharfsinnigen, geistvollen und zutreffenden Gedanken über den Wert des föderalistischen Prinzips ein völliges Verkennen der inneren Berechtigung des deutschen

Volkess und eines deutschen Gesamtstaates zur Pflege eines gesunden, nationalen Gedankens, der darauf ausgeht, die Persönlichkeit des Volkstums wie des Gesamtstaates kraftvoll auszubilden, bei alledem aber auch bemüht ist, die Kultur- und Völkergemeinschaft mit allen Nachbarvölkern ehrlich aufrechtzuerhalten, die wirklich und aufrichtig guten Willens sind

Schon der norwegisch-deutsche Professor Henrik Steffens aus Stavanger sagte in seinen im Wintersemester 1808/9 an der damals königlich westfälischen Universität Halle a. S. über die Idee der Universitäten gehaltenen Vorlesungen, in welchen er inmitten der Fremdherrschaft die Bedeutung der nationalen Idee gebührend heraushebt: „Eine jede gebildete Nation hat notwendig Achtung für die eigentümliche Bildung andrer.“

Auch Bismarck war, wie sein jüngerer Mitarbeiter, der Schleswiger Christoph von Tiedemann im Jahre 1897 in seinen persönlichen Erinnerungen an den Fürsten Bismarck ausdrücklich betont, völlig frei von dem Chauvinismus der vulgären Vaterlandsliebe. Bismarcks Gesichtskreis sei, so sagt Tiedemann, weit hinausgegangen über die Grenzen seines engeren Vaterlandes. Wiederholt habe er sich einen Europäer genannt.

Da der Baumeister des Reiches nun in genialer Intuition für den Bau des Reiches mit Recht die Form des Einheitsstaates verschmäht hat, und da er einen Föderativstaat bevorzugte mit seinen mancherlei Ecken und Ranten, in welchen hie und da eine kraftvolle Seite eines Einzelstaates hervortritt, so wollen wir an dieser Form festhalten, und uns daran erfreuen, daß sie uns gestattet, Kunst und Wissenschaft und vor allem auch die Hochschulen als kostbare Edelsteine in der Krone der Teilstaaten mit besonderer Liebe zu pflegen.

Konstantin Franz aber hat den deutschen Universitätsprofessoren, welche nach dem Jahre 1871 das neue deutsche Reich freudig begrüßt haben, nachdem sie ursprünglich von schwarz-rot-goldenen großdeutschen Gedanken ausgegangen waren, diesen Übertritt zur schwarz-weiß-roten Fahne nicht verziehen. Seinem Unmut gab er lebhaften Ausdruck in einer kleinen Broschüre, welche im Jahre 1874 hier in München im Verlage des Literarischen Instituts von Dr. Max Huttler erschienen ist und den Titel trägt: Der Bankerott der herrschenden Staatsweisheit. In scharfen Worten tadelt Franz hier das Frankfurter Parlament mit seinen mehr als 60 akademischen Dozenten, das so oft geschmähte Professorenparlament, ob seiner politischen Unfruchtbarkeit. In dem ergebnislosen Ausgang des Parlaments glaubt er ein Armutszeugnis für die praktische Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft erkennen zu müssen. Aber wenige Jahre danach, so urteilt der überscharfe Kritiker, sei zu dem intellektuellen

Bankrott der moralische hinzugekommen. Durch die großen Erfolge der Bismarckschen Politik von 1866 und 1870 seien die staatsgelehrten Herren Professoren so überwältigt worden, daß sie ihr Rechtsgefühl preisgegeben und dem Schweife des Bismarckschen Meteors sich angeschlossen hätten.

Namentlich Robert von Mohl, der ehemalige Staatsrechtslehrer von Tübingen und Heidelberg, der Reichsjustizminister von 1848 und spätere badische Gesandte, wird von Frank mit bitterstem Tadel übergoßen. Und der Föderalist, der sonst den Nationalismus als politisches Prinzip herabsetzt, hält hier die Stunde gekommen, an das deutsche Nationalgefühl zu appellieren.

Auch heute noch mag es angezeigt sein, diese Anklagen, welche vor 42 Jahren von München in die Welt hinausgetragen wurden, von dieser Stelle aus öffentlich zurückzuweisen. Die deutschen Professoren, welche der schwarz-weiß-roten Fahne folgten, nachdem sie zuvor für die schwarz-rot-goldenen Ideale eingetreten waren, haben damit kein Verschulden auf sich geladen. Die geschichtliche Entwicklung erwächst aus der Fülle des geschichtlichen Lebens. In der Politik sind zweifellos Grundsätze unentbehrlich. Aber es ist zwecklos, an politischen Gräbern unaufhörlich und tatenlos zu trauern und zu weinen. Das Vergangene läßt sich nicht in die Gegenwart zurückzaubern. Und was im Leben sich bewährt, hat ein Recht auf Anerkennung. Was an großen und berauschenden Idealen durch die schwarz-rot-goldenen Farben angedeutet wurde, kann, wenn auch auf anderen Wegen, auch unter der schwarz-weiß-roten Fahne der Verwirklichung näher gebracht werden.

Wandlungen in der politischen Stellungnahme zu den großen nationalen Fragen, wie sie auf Grund der Ereignisse von 1866 und 1870 in nicht wenigen Köpfen sich vollzogen haben, sind daher an sich nicht auffällig und haben ihre Parallelen in älterer wie in späterer Zeit. Die festere Einigung Deutschlands, wie sie im Laufe des 19. Jahrhunderts von patriotisch gesinnten Männern immer von neuem erstrebt wurde, gehörte eben zu den schwierigsten politischen Problemen. Seit Jahrhunderten waren die landesherrlichen Gewalten mächtig erstarkt, das alte Kaisertum aber geschwächt worden. In der Verbindung mit dem Kaisertum hatte das Haus Habsburg die Mittel gefunden, durch den Erwerb der Königreiche Böhmen und Ungarn, wie er im Jahre 1526 besiegelt wurde, mit seiner Hausmacht zum Range einer europäischen Großmacht emporzusteigen. Die Bildung dieser neuen Großmacht, welche durch die geographischen Verhältnisse, vornehmlich durch die völkerverbindende Bedeutung der Donaustraße begünstigt wurde, gehört zu den

größten Ereignissen der neueren Geschichte.¹ Das Haus Habsburg ist dadurch zweifellos aus dem engeren Umkreis des deutschen Reiches in die großen politischen Verwicklungen Europas hinausgeführt worden, während Brandenburg-Preußen seit dem 17. Jahrhundert mehr und mehr in das deutsche Reich hineinwuchs. Durch den Verlust Schlesiens (seit 1740—1763) und der vorderösterreichischen Lande im südwestlichen Deutschland (im Jahre 1805) ist Österreichs deutsche Grundlage wesentlich geschmälert worden. So tauchen gerade seit dem Jahre 1804/5 wiederholt Pläne auf, Preußen mit der Führung in Deutschland zu betrauen, die aber bei der Bildung des deutschen Bundes im Jahre 1815 aus guten Gründen nicht berücksichtigt werden konnten. Ebenso wenig konnte Österreich sich nach den Befreiungskriegen zur Erneuerung eines deutschen Kaisertums entschließen. Und doch hielt die Erinnerung an die Größe des deutschen Kaisertums vergangener Jahrhunderte den Wunsch lebendig, es zu neuem Dasein zu erwecken. Die deutsche Nation hatte einen Anspruch auf vollere Verwirklichung alter politischer Ideale. Wie das geschehen könne, ist auch den Besten im deutschen Volke nicht gleichmäßig in deutlicher Erkenntnis alsbald klar geworden. Ein Freiherr vom Stein, ein Joseph Görres und Ernst Moritz Arndt, der Vizepräsident Karl Ernst Schmid in Hildburghausen, der Schwabe Paul Pfizer, die Brüder Friedrich und Heinrich von Gagern, die Württemberger Friedrich List und Ludwig Uhland, der Norddeutsche Friedrich Christoph Dahlmann mit anderen Professoren von den altpreussischen Universitäten und aus Schleswig-Holstein und dann die Deutschen aus dem Reiche der Habsburger hegten darüber weit voneinander abweichende Ansichten. Seit dem Ende des Jahres 1848 trat am Frankfurter Parlamente die große Scheidung der Geister ein: die Kleindeutschen sonderten sich von den Großdeutschen. Auch da noch erlebte die Welt verblüffende Überraschungen, so z. B. als im Frankfurter Parlament am 12. März 1849 einer der bisherigen großdeutschen Führer, Geheimrat Karl Theodor Welcker aus Freiburg i. Br. resp. Heidelberg-Frankfurt, den Dringlichkeitsantrag einbrachte, die Reichsverfassung nach den Beschlüssen des

¹ Franz Palacky hatte in seinem bereits erwähnten Briefe vom 11. April 1848 an den Fünfköper-Ausschuß in Frankfurt a. M. offen erklärt: „Die wahre Lebensader dieses notwendigen Völkervereins (id est Österreich-Ungarns) ist die Donau; seine Zentralgewalt darf sich daher von diesem Strome nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“ Abgedruckt in „Österreichs Staatsidee“. Von Franz Palacky. Prag 1866, S. 83.

Ausschusses anzunehmen und dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen, und als er demgemäß am 28. März für den König von Preußen als deutschen Erbkaiser seine Stimme abgab.¹ Umgekehrt hatte sechzehn Jahre zuvor der Schwabe Paul Pözer, der Prophet der kleindeutschen Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, in einem überaus scharfen, charakteristischen Briefe an den Buchhändler Friedrich Perthes im März 1832 erklärt, er könne im Hinblick auf die Reaktion in Preußen und auf die freiheitfreundliche Strömung in seiner schwäbischen Heimat fürderhin nicht mehr für die preußische Führung eintreten.² Heinrich von Gagern versuchte seit November 1848 die Lösung des Problems durch sein berühmtes Programm vom engeren und weiteren Bunde. Auch das mißlang und scheiterte vornehmlich an dem Widerstande Österreichs und der größeren deutschen Mittelstaaten. Aber auch Friedrich Wilhelm IV., der Preußenkönig selber, war nicht gewillt, sich dieses Programm zu eigen zu machen. Ebenso scheiterte der von König Friedrich Wilhelm IV. unter dem beratenden Einflusse des Generals Joseph von Radowiz in den Jahren 1849/50 unternommene Versuch mit der preußisch-deutschen Union. Schließlich blieb kein anderer Ausweg offen, als durch die Waffen entscheiden zu lassen, ob die festere Einigung eines kleineren Deutschland zunächst unter Preußens Führung erfolgen solle. Einer der bahnbrechenden Historiker Österreichs, der in seinen jungen Jahren als Altösterreicher und Großdeutscher dem Frankfurter Parlamente angehörte, hat am Abend seines Lebens in seinen Lebenserinnerungen die Lauterkeit und den Wert der politischen Bestrebungen Heinrichs von Gagern und seiner Anhänger von der kleindeutschen Gruppe des Parlamentes, vornehmlich auch des preußischen Generals Joseph von Radowiz, unumwunden anerkannt. Beherrschende Gedanken beschlichen Alfred von Arneth, wenn er in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Entwicklungsmöglichkeiten überdachte, welche sich aus der Verwirklichung der Radowizschen Ideen ergeben haben würden.³ Um so mehr mag es unser Interesse wecken und unser Urteil zur besonnenen Mäßigung anhalten, wenn wir von den politischen Wandlungen hören, welche Heinrich von Gagern selber in seinem späteren Leben durchgemacht hat: Der Urheber des Gagernschen Programms vom November-Dezember 1848 ist später vornehmlich unter dem Einfluß

¹ Stenograph. Bericht über d. Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt ad. Main Bd. VIII, S. 5666 u. 6092.

² Friedrich Perthes, von Clemens Perthes, Bd. III, 6. Aufl., S. 367.

³ Alfred v. Arneth, Aus meinem Leben, Bd. I, Stuttgart 1893, S. 264.

der Vorgänge des Jahres 1859 ins österreichische Lager übergegangen. Ebenso bereits vor ihm sein Bruder Max von Gagern.¹ Vergewärtigen wir uns fernerhin die interessante Tatsache, daß Julius Ficker, der Großdeutsche, und Heinrich von Treitschke, der Verkündiger der preussischen Hegemonie in Deutschland, beide nacheinander der für die schwarz-rot-goldenen deutschen Ideale eintretenden Bonner Burschenschaft Frankonia angehört haben, so dürfen wir rückhaltlos zugestehen, daß Großdeutsche wie Kleindeutsche das Gold ihrer vaterländischen Gesinnung und Überzeugung gleichmäßig im Glutofen freudiger Opferwilligkeit und ehrlicher Hingebung an die Sache ihres Volkes und Vaterlandes geläutert haben. Beide Richtungen strebten nach begehrenswerten Zielen.

Der nachmals schwarz-weiß-rote kleindeutsche Gedanke ist wie der großdeutsche aus dem Mutterboden warmen vaterländischen Empfindens hervorgewachsen. Jener wollte an erster Stelle den überwiegend deutschen Kern des alten Reiches verdichten und verstärken. Danach sollte dieser Kern um so geeigneter sich erweisen, dem alten historisch gewordenen mächtigen Reiche der Habsburger ergänzend an die Seite zu treten. Gewinnt das letztere durch diese Verbindung eine feste Rückendeckung nach Norden und Westen, so darf es um so freier und fester nach Südosten die Blicke richten. Über die slawische Welt der Balkanländer muß der Donaumonarchie wie dem neuen deutschen Reich der Weg offen bleiben über den Bosporus und die Dardanellen hinaus in das Land der Zweiflüsse Euphrat und Tigris nach Mesopotamien bis an den Persischen Golf. Diese Erkenntnis hat Friedrich List bereits vorausgesehen; seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist sie immer deutlicher hervorgetreten und verdichtet worden zu einer Lebensforderung für das mittlere Europa.

Nachdem der Gang der geschichtlichen Entwicklung durch Bismarcks machtvolleres Eingreifen zunächst an das Ziel der kleindeutschen Einigung geführt hat, dürfen nunmehr seit 1871 und 1879 die alten großdeutschen Ideale in der engeren Verbindung mit Österreich-Ungarn um so tatkräftiger angestrebt und in der angedeuteten Richtung zielbewußt verfolgt werden.

Bis in die entlegensten Winkel des Erdballs hinein machte die durch Bismarcks Staatskunst hervorgerufene politische Verwandlung der Jahre 1866 und 1870 ihre wunderbare Wirkung geltend. Die im Sinne des schwarz-rot-goldenen Symbols für ein größeres Deutschland

¹ Ludwig v. Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern 1810—1889, Rempten 1912, S. 318, 404 ff. Paul Wenzke, Zur Geschichte Heinrich von Gagerns in „Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung“, Bd. I, Heidelberg 1910, S. 217 ff. u. 227 ff.

warm empfindenden Herzen konnten auf die Dauer nicht in schroffer Ablehnung und harter Unzugänglichkeit verharren.

Wiederum ist es ein alter Achtundvierziger, den wir als Zeugen anrufen dürfen. Der Rheinländer Karl Schurz, den wir als Bonner Frankonen und Delegierten zum zweiten Studenten-Parlamente auf der Wartburg im Herbst 1848 und als einen Verbindungsbruder des Großdeutschen Julius Ficker wie des Kleindeutschen Heinrich von Treitschke bereits kennen gelernt haben, hat vor den Deutschen Chicago am 12. August 1871 eine die Hörer tief ergreifende Rede gehalten. Sie stand unter dem Eindrucke der eben vollendeten und besiegelten Gründung des Deutschen Reiches. Da durfte Karl Schurz, der inzwischen zu einem angesehenen politischen Führer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zu einem umsichtig abwägenden Staatsmann herangereift war, offen es aussprechen: „Die große Seele Deutschlands, die viele Menschenalter hindurch wie ein Gespenst in der Weltgeschichte umging, hat endlich einen Körper gefunden, gewaltig wie sie selbst. Die blinkende Helmspitze der Germania ist sichtbar von allen Punkten des Erdballs und ein Gefühl, welches der Deutsche lange nicht gekannt hat, durchströmt jetzt jede deutsche Brust in allen Landen, das stolze, freudige Gefühl, das Kind einer großen Nation zu sein.“¹

Hatte dieses Wort seine volle Berechtigung seit der Gründung des engeren deutschen Reiches, so gilt es mit doppelter und dreifacher Kraft, seitdem durch Fürst Bismarcks und Graf Andrassys Staatskunst im Jahre 1879 der mitteleuropäische Zweibund ins Leben gerufen, und seitdem die Schicksalswendung des Jahres 1914 die beiden verbündeten Reiche miteinander in das Sturmwetter des Weltkrieges hineingeführt hat.

Die beiden mitteleuropäischen Kaiserkräfte haben seitdem mehr noch als zuvor den Beruf erkannt, ihre jetzt in gemeinsamen Kriegsschicksalen hart gehämmerte Verbindung zu einem festen unerschütterlichen Bollwerk des Friedens auszubauen, das nicht durch eine chinesische Mauer von der übrigen Welt sich abschließen darf. Weit sollen vielmehr seine Tore sich öffnen, durch welche die Ströme des Wirtschaftsverkehrs

¹ Karl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. III, S. 374 f. H. v. Grauert, Deutsche Größe, deutscher Friede, deutsche Freiheit in Heinrich Finke, Kraft aus der Höhe, Rempten 1915, S. 28. H. v. Grauert, Deutsche Weltherrschaft? in dem Sammelwerk: Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, herausgegeben von Georg Pfeilschifter, Freiburg i. Br. 1915, S. 357—387 und Paul Joachimsen, Grundlagen englischer und Probleme deutscher Weltpolitik in „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ edd. v. Frauendorfer u. Jaffé, 1916 Nr. 26 vom 29. Juni, S. 866.

wie des Austausches geistiger Güter in enger Verbindung mit der übrigen Kulturwelt einfluten und auslaufen. So kann nach all den Erschütterungen, Heimsuchungen und Umwälzungen des Weltkrieges, und so muß in Zukunft eine neue Ära friedlicher und gesicherter Entwicklung anheben im Leben der Völker Europas, im Leben der Menschheit.

Die deutschen Universitäten werden in der neuen Weltzeit in treuer Hingebung das Feuer edler Vaterlandsliebe sorglich hüten, wie sie es in vergangenen Jahrzehnten getan haben, und sie werden dabei nicht ablassen, für den unveräußerlichen Weltberuf der deutschen Nation einzutreten, der nimmer von ihr genommen werden kann.

* * *

Die Stürme der Jahre 1848/49 aber haben für die drei bayerischen Landesuniversitäten eine Begleitererscheinung besonderer Art gezeitigt. Nach der Verfassung von 1818 besaßen sie eine eigene Vertretung in der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages. Da nach 1848 die ständische Volksvertretung in eine repräsentative durch Volksmahlen gebildete zweite Kammer umgewandelt wurde, so verschwanden aus ihr naturgemäß die gesetzlichen Vertretungen der Universitäten. Die letzteren mußten sich dafür mit etwas ruhigeren Plätzen in ihren Kreisvertretungen begnügen, während die preußischen Universitäten bald darnach mit je einem Vertreter in das neu gebildete Preußische Herrenhaus erhoben wurden.

Die bayerischen Universitätslehrer fühlen sich durch den angedeuteten Wandel nicht gehindert, mit der Wärme des Herzens teilzunehmen an den Geschicken des bayrischen Staates und Volkes. Sie fühlen in sich aber auch den Beruf und die Pflicht, in nationalem Empfinden nach bestem Vermögen die Größe des deutschen Volkes fördern zu helfen in seiner aufsteigenden Entwicklung. Inmitten des allgemeinen Völkerringens halten wir treu und fest zu König und Vaterland, wie zu Kaiser und Reich.

Der großen Kulturgemeinschaft der führenden Völker glauben wir damit nicht die Wege hindernd und feindlich zu versperren.

Zunächst aber hoffen wir für uns und unsere Verbündeten nach harten Kämpfen uns durchzuringen zu endgültigem Sieg und zu dauerndem Frieden.¹

¹ Am Schluß möchte ich nicht unterlassen, auf die beiden akademischen Reden hinzuweisen, welche Prof. Dr. M. Stadlbaur während seines Rektoratsjahres gehalten hat. Er sprach beim Antritt seines Rektorates im Herbst 1848 „über die akademische Freiheit“ und bei der Stiftungsfeier der Universität am 26. Juni 1849 „über die Stiftung und die älteste Verfassung der Universität Ingolstadt“. — In die Spaltungen der Hallenser Studentenschaft während der Vormärz-Epoche und namentlich in die Mentalität ihrer linken Seite eröffnen willkommene Einblicke Rudolf Hayn's Erinnerungen „Aus meinem Leben“ Berlin 1902.